

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

1) Klimaschutz im Grazer Wohnbau und bei öffentlichen Gebäuden sowie Energieversorgung mit Schwerpunkt "erneuerbare Energien"

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens der ÖVP, SPÖ und Grüne folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! In diesem gemeinsamen Antrag der ÖVP, SPÖ und Grünen Fraktion zur dringlichen Behandlung geht es um den Klimaschutz im Grazer Wohnbau und bei öffentlichen Gebäuden sowie um die Energieversorgung mit Schwerpunkt erneuerbare Energien und ich darf kurz die wesentlichen Punkte dieses Antrages hier nennen. Klimaschutz ist heute eine große Herausforderung. Klimaveränderungen, Rohstoffknappheit und steigende Energiepreise haben die Öffentlichkeit ebenso wachgerüttelt wie Wetterextreme und Katastrophenereignisse. Klimawandel und CO₂-Emissionen sind ein globales Phänomen mit lokaler Wirkung. Beim Klima geht es um unsere Zukunft und daher muss auch die Stadt Graz zum Thema Klimaschutz entsprechende Zeichen setzen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und Strategien entwickeln, insbesondere auch mit Schwerpunkt erneuerbare Energien. Deshalb unsere gemeinsamen Forderungen:

1. Förderungen für Neubauten sind nur zu gewähren, wenn sie mit erneuerbarer Energie versorgt sind und Energieeffizienzkriterien nach dem besten Stand der Technik erfüllen. Ausnahmen von der Nutzung erneuerbarer Energien sollen nur dort zulässig sein, wo bestehende, leitungsgebundene Energieträger zum Beispiel Fernwärme und Ferngas, in unmittelbarer Nähe sind.

2. Im Eigenheim- und Geschossbau muss auf die Errichtung von Niedrigenergie, gegebenenfalls Passivhausbauten, zum Stand erhoben werden. Wohnbauförderungsmittel sind auf diese effizientesten Gebäudetypen zu fokussieren.
3. Die Raumordnungsbestimmungen sind so abzuändern, dass Neuausweisungen von Bauland nur mehr bei Bereitstellung von Nahwärme, Fernwärme, Biogas beziehungsweise Ferngas oder Objektbeheizung mit erneuerbarer Energie möglich sein sollen. Bedingung soll auch die Anbindung an den öffentlichen Verkehr darstellen.
4. Die Warmwasseraufbereitung soll zukünftig weitestgehend durch Solarenergie unterstützt werden. Gemeinsam mit den Wohnbauträgern, den Energieunternehmen und den Gebietskörperschaften sollte eine Umrüstungsaktion vorbereitet werden.
5. Sofortprogramm Facility-Management und Gebäudesanierung: Die Bereitstellung von Raumwärme birgt nach Ansicht aller Experten das größte Einsparungspotenzial. Auch in Graz sollen Geldmittel für die Sanierung von Altbauten mit einem besonderen Schwerpunkt bei Substandardwohnungen und sozial bedürftigen Haushalten bereitgestellt werden.
6. Öffentliche Gebäude sind systematisch auf erneuerbare Energieträger, Solarenergie zur Warmwasseraufbereitung umzustellen oder an leitungsgebundene Energieträger anzuschließen. Bedarfszuweisungen an Gemeinden, auch an die Stadt Graz, zur Errichtung öffentlicher Gebäude sind an die Verwendung von erneuerbaren Energien oder leitungsgebundene Energieträger zu koppeln .
7. Biomasseheizwerke sind verstärkt mit Kraftwärmekopplung zu betreiben, keine Ökostromerzeugung ohne Wärmenutzung, ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt auch.

8. Umrüstung von Altanlagen, auch schon oft diskutiert: Veraltete Öl- und Festbrennstoffheizungsanlagen sind angesichts der Feinstaubproblematik nicht vertretbar. Gemeinsam mit Biomassekesselerzeugern, Wohnbaugenossenschaften, Liegenschaftsverwaltungen und Energieversorgungsunternehmen ist eine Umstellungsstrategie für Altanlagen auf möglichst CO₂-neutrale Systeme zu entwickeln.
9. Gemeinsam mit dem Autocluster und der Landwirtschaft ist ein Masterplan zur effizientesten Nutzung von Biogasreserven auszuarbeiten. Ziel ist es, flächendeckend für Biogastankstellen den Rohstoff zu liefern.
10. Unser Land hat eine Vielzahl von Wasserkraftanlagen, die zum Teil 60 % sprechen die Fachleute, älter als 30 Jahre sind. Ein Aktionsplan für den umwelt- und naturgerechten Ausbau der Wasserkraft ist vorzubereiten.
11. Die Ökostromregelung soll für energieeffiziente Biomasse- und Biogasanlagen sowie für Alternativenenergien, zum Beispiel Solarenergie, konsequent weiter entwickelt werden. Förderungen für ineffiziente Anlagen sollten zumindestens schrittweise zurückgefahren werden.
12. Verminderung der Energieimportabhängigkeit: Zur Verminderung der Energieimportabhängigkeit soll die lokale Energieversorgung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) durch Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien aus lokalen Rohstoffen gesteigert werden.
13. Energie aus Abfall, auch ein Thema, das uns künftighin durchaus beschäftigen wird. 70 % der Abfälle werden wiederverwertet und teils als Ersatzbrennstoff genutzt. Eine Abfallstrategie zum weiteren Ausbau der energetischen Nutzung von Abfällen (Kunststoffe, Klärschlamm) ist zu entwickeln – unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Prioritätenreihung: Vermeidung vor Verwertung vor Verbrennung.

Namens der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen von ÖVP, SPÖ und GRÜNE stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge die zuständigen Abteilungen des Magistrates unter kostenloser Beiziehung der Grazer Energie Agentur beauftragen, einen Masterplan für die Stadt Graz ganz konkret zu verfassen, der den Forderungen nach weitestgehenden Klimaschutzmaßnahmen mit den Schwerpunkten Forcierung des Einsatzes von erneuerbaren Energien und effizienteste Nutzung von Energie gerecht wird. Ich danke für diesen gemeinsamen Antrag (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen:

GRin. **Jahn** zum Antrag: Interessanter Antrag, der da gekommen ist von der ÖVP, den wir vom Inhalt her natürlich unterstützen. Gleichzeitig hat man da natürlich schon ein bisschen ein sehr gespaltenes Gefühl dabei. Zum einen schön und Freude, dass die ÖVP erkennt, dass wir in Punkto Klimaschutz noch einiges nachzuholen haben in der Stadt Graz, dass etliche Maßnahmen in der Stadt gefordert sind. Zum anderen muss ich schon ehrlich sagen, solche Anträge, die ärgern mich, die ärgern mich extrem, nämlich deswegen, weil wir schon seit ewigen Jahren ein kommunales Energiekonzept haben, das von unseren BeamtInnen des Umweltamtes in einer sehr, sehr großartigen Weise ausgearbeitet worden ist und wo genau diese Dinge, die die ÖVP jetzt in einer der letzten Gemeinderatssitzungen vor der Wahl plötzlich fordert. Und meiner Erinnerung nach war die ÖVP die ganze Zeit in der Regierung, ich frage mich warum habt ihr das nicht alle schon die längste Zeit bitte gemacht, ich frage mich, das wirklich ganz ernsthaft und das noch dazu, wo wir als Grüne in den letzten Jahren immer wieder Anträge zu diesem Themen eingebracht haben. Und ich erinnere nur, zum Beispiel EU-Umgebungslärmrichtlinie, wo es auch darum gegangen ist, Luft- und Lärmsanierungsgebiet Graz, wo ich versucht habe, nur eine Frage im Rahmen der Fragestunde an den Herrn Stadtrat Rüschi zu stellen und damals hat es geheißen, die Frage, die ist jetzt aber nicht zulässig, weil das ist ja noch nicht österreichische Rechtslage, weil das Gesetz wird ja erst umgesetzt und deswegen braucht sie da nicht einmal eine Frage dazu stellen. Also, das sind schon

Dinge, die mich wirklich ehrlich ärgern, wo ich mich echt frage, wo ich wirklich mich frage, wie ernst die ÖVP es wirklich meint und ob es da nur um irgendein Wahlkampfgeplänkel geht, dass man dann bei den Info-Standeln sagen kann, na wir sind eh für den Klimaschutz und wir haben da eh auch Anträge im Gemeinderat gemacht. Also so etwas ärgert mich extrem, noch dazu, wo es eine Reformgruppe hier im Magistrat gibt, wo auch über die Gemeinderatssitzungen diskutiert wird und wo gerade immer von der ÖVP kommt, ja wir müssen schauen, dass die Gemeinderatssitzungen irgendwie zügiger verlaufen und wir sollten uns ein bisschen einschränken und womöglich notwendige dringliche Anträge machen und dann kommen solche Anträge daher und ehrlich gesagt, da fühle ich mich echt ein bisschen belästigt, möchte ich fast sagen. Noch dazu ist es auch ein Affront den BeamtInnen gegenüber, die seit über 10 Jahren genau diese Dinge bearbeiten und beackern und die lange genug nicht ernst genommen worden sind und ich finde das echt eine Frechheit, das muss ich wirklich in aller Deutlichkeit hier sagen. Trotzdem, ich habe der ÖVP im Speziellen einige Exemplare des KEK mitgebracht, ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen, nachdem ihr euch ja jetzt auch dafür interessiert endlich einmal, finde ich super, ich hoffe, dass wir im nächsten Gemeinderat dazu ernsthaft, wirklich sehr ernsthaft, weiterdiskutieren und wir werden euch an euren Taten oder auch Nichttaten ja ganz sicher messen.

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe etwas Ähnliches vorzubringen wie meine Vorrednerin und zwar zu Punkt 3, wo da steht, die Raumordnungsbedingungen sind so abzuändern, dass Neuausweisungen von Bauland nur mehr bei Bereitstellung von Nahwärme, Fernwärme, Biogas beziehungsweise Ferngas oder Objektheizungen mit erneuerbarer Energie möglich sein sollen. Eine ähnliche Bedingung soll die Anbindung an den öffentlichen Verkehr darstellen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin des öfteren hier bei verschiedensten Neuausweisungen von Bauland bei diversen Bebauungsplänen etc. immer wieder hier heraußen gestanden und habe nicht nur meine Bedenken, sondern auch die Bedenken von vielen Grazerinnen und Grazern vorgebracht, die sich damit beschäftigen, dass Bauvorhaben an Orten bei

uns stattfinden, wo die vor Ort lebenden Menschen und die damit tatsächlich einen Expertenstatus für mich haben, diese Menschen sagen, es hapert daran, dass diese gewünschte Umwidmung, Neuausweisung, dieser Bebauungsplan nicht ausreichend mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist. Das ist hier in einem Nebensatz erwähnt, wenn es nach mir gegangen wäre in den letzten fünf Jahren, wäre dieser Nebensatz denke ich entbehrlich gewesen, weil dann wäre das selbstverständlich. Dadurch, dass dieser Antrag jetzt notwendig ist, hätte ich mir gewünscht, dass das vielleicht etwas mehr als einen Nebensatz wert gewesen wäre, dass wir uns darum bemühen sollen, dass, wenn wir neues Bauland zulassen, in erster Linie einmal dafür Sorge tragen, dass das Problem, das wir in Graz haben mit dem Verkehr, durch diese Siedlung nicht größer, sondern kleiner wird, sprich, dass wir solche Neuausweisungen dazu nutzen, öffentlichen Verkehr gemeinsam bewusst voranzutreiben.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich danke, Herr Gemeinderat, ich sehe keine weitere Wortmeldung, dann möchte ich dort anschließen, wo die Frau Gemeinderätin Jahn aufgehört hat. Nur dass auch vom Umweltreferent jetzt festgestellt wird, dass wir einiges von dem, was in der Punktation gefordert wird, in Wirklichkeit bereits umgesetzt haben. Also bei den Punkten 1 und 2 möchte ich beginnen, hier werden Maßnahmen vorgeschlagen, nämlich im Sinne der Wohnbauförderung, die Energiekriterien einzubinden und zu realisieren, das haben wir seit dem Jahre 2007 in Wirklichkeit in der Wohnbauförderung und der Einsatz erneuerbarer Energie, ist heute schon festgestellt worden, wie zum Beispiel die Solarenergie ist zwingende Förderungsvoraussetzung. Und ich gebe auch zu bedenken als Umweltreferent, nämlich auf Grund der ganz besonderen klimatischen Situation in Graz der Frage nämlich des Zielkonfliktes von CO₂-Einsparung durch Biomasseheizung versus Feinstaubvermeidung muss wohl in Graz, sage ich jetzt, in dem Zusammenhang der Feinstaubvermeidung das Augenmerk gegeben werden und wir haben im Gemeinderat erst vor kurzem die Ausweitung von Beschränkungszonen für die Raumheizung beschlossen. Und ich könnte jetzt noch einige Punkte aufzählen, egal wie immer, ich nenne es jetzt nicht, dass es eine Fleißaufgabe ist oder ein paar Wochen vor der Wahl eine notwendige Aufgabe, politische Aufgabe, ich denke, es ist

durchaus wichtig, gemeinsam heute im Sinne natürlich auch einer Adaptierung des kommunalen Energiekonzeptes, ich habe ja schon mehrmals von einem Masterplan gesprochen, ich darf ja an die derzeit stattfindenden Energiegespräche, die außerordentlich gut besucht werden und von mir initiiert worden sind, verweisen, dass wir natürlich sehr rasch daran gehen werden, einen umfassenden Masterplan auch durchaus inhaltlich in dem Sinne umzusetzen (*Applaus SPÖ*).

Dipl.-Ing. **Topf**: Vielleicht ganz kurz zu diesem Nebensatz, den der Kollege Khull-Kholwald hier durchaus anzieht. Ich glaube, es ist inzwischen zweifelsfrei festgelegt auch im Planungsausschuss, wenn ich das so zusammenfassend nennen darf, dass es durchaus immer wieder sehr eingehende Diskussionen gibt mit allen Vertretern in diesem Ausschuss, was die Situation des öffentlichen Verkehrs in Bezug auf die Bebauungsplanung gibt. Also, da kann ich wirklich mit ruhigem Gewissen feststellen, dass es in den letzten Diskussionen vielleicht das eine oder andere Mal hier Möglichkeiten einer Verbesserung gegeben hätte, das mag schon stimmen, aber ich glaube, dass im Ausschuss durchaus sehr ernsthaft immer wieder im Zuge von Bebauungsplanungsdiskussionen an den öffentlichen Verkehr gedacht und an die Nähe und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs durchaus immer wieder strikte gedacht wird. Ich glaube, zu den Anmerkungen der Kollegin Jahn doch anmerken zu müssen, dass es mir darum geht heute, noch einmal zusammenzufassen, was wir durchaus schon beschlossen haben und etwas auf den neuesten Stand zu bringen. Das ist etwas, was, glaube ich, legitim ist und deshalb danke ich auch für die Unterstützung, wir wollten einfach in klaren Punktationen nochmals die Energiestrategie in Bezug auf erneuerbare Energien zusammenfassen und möglicherweise das eine oder andere, das jetzt durch den Masterplan auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden sollte, einbringen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Rasche Lösung für das Erfolgsmodell GIBS

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fluch**: Folgt man der veröffentlichten Meinung, so muss sich ganz Österreich vor den Resultaten der aktuellen Pisa-Studie fürchten. Für uns haben diese Ankündigungen etwas Hysterisches, zumal die bisherigen Analysen der Pisa-Studien eine Differenzierung nach Bundesländern und Regionen wie auch nach Schultypen weitgehend vermissen lassen.

Auch vor dem Hintergrund der gerade wieder anlaufenden Debatten ist festzustellen, dass ein Grazer Schulmodell völlig außer Streit steht, nämlich die GIBS, die Graz International Bilingual School, die in Bezug auf ihre Attraktivität für SchülerInnen und Eltern wie auch in Bezug auf pädagogische und fachliche Qualität als Erfolgsmodell schlechthin bezeichnet werden kann. Das zeigt sich auch daran, dass die Schule, die derzeit 18 Klassen führt, immer wieder SchülerInnen abweisen muss.

Am 14. September 2007 hat der Stadtsenat auf Antrag von Schulstadtrat Werner Miedl ein Prekarium beschlossen, mit dem der GIBS für das laufende Schuljahr ein Raum in der Volksschule Afritsch zur Verfügung gestellt wurde. Dieses Prekarium ist mit 14. Juli 2008 befristet. Damit konnte wenigstens für einen befristeten Zeitraum ein Problem überbrückt werden, das eine Schule betrifft, für die der Bund und damit Bildungsministerin Claudia Schmied die Verantwortung trägt.

Stadtrat Miedl ist in seiner Funktion als Schulstadtrat nicht für Bundesschulen zuständig. Er hat in Vertretung der Interessen der SchülerInnen und Eltern aber auch wiederholt betont, dass rasches Handeln seitens des amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats für Steiermark und der Bildungsministerin erforderlich ist, da die Raumnot der GIBS mit dieser Initiative der Stadt Graz nur vorübergehend behoben werden kann. Schon für das nächste Schuljahr hat die Volksschule Afritsch dringenden Eigenbedarf angemeldet. Die SchülerInnenzahlen im Bezirk Lend steigen. Ein Ausbau am Standort ist in einem Dreivierteljahr nicht machbar und andere adäquate Räume sind in der Nähe nicht vorhanden. Damit rückt wieder eine bereits mehrfach angedachte Lösung in den Blickpunkt, nämlich die Anmietung der ehemaligen Pädak Eggenberg für die Bundesschule GIBS durch den Bund. Bundesministerin Claudia Schmied ist bei diesem Gebäude ja in doppelter Funktion angesprochen, da es bekanntlich unter Denkmalschutz steht.

Die Räume der früheren Pädak Eggenberg bieten einige Vorteile, müssten aber auch entsprechend adaptiert werden, um für die GIBS tatsächlich geeignet zu sein. Dies spricht umso mehr für ein rasches Handeln der Bundesministerin und des amtsführenden Präsidenten, um den momentanen Zustand, der für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen eine unzumutbare Unsicherheit bringt, rasch zu beheben.

Gerade vor dem Hintergrund der wogenden Bildungsdebatte, in der die Bildungsministerin davon spricht, dass für neue Modelle zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden, ist zu fordern, dass schon lange bekannte akute Erfordernisse von bestehenden Schulen entsprechend berücksichtigt und offene Probleme rechtzeitig einer Lösung zugeführt werden. Eine Lösung für die GIBS ist in diesem Zusammenhang dringend zu fordern.

Namens der Grazer Volkspartei stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert mit aller Vehemenz, dass nach den nachweislich erfolgten Bemühungen der Stadtverantwortlichen um eine Übergangslösung für das laufende Schuljahr und vielen Vorgesprächen der Landesschulrat für Steiermark und das Bildungsministerium sofort aktiv werden, um ab dem Schuljahr 2008/2009 eine Unterbringung der GIBS an geeigneten Ersatzräumlichkeiten wie beispielsweise der ehemaligen Pädak der Diözese Graz-Eggenberg sicherzustellen. *Danke vielmals (Applaus ÖVP).*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin **Meißlitzer**: Ich denke mir, dieser Antrag ist wirklich dringlich, denn es geht ja darum, dass im nächsten Schuljahr schon bereits die Räumlichkeiten zuwenig sind. Ich habe ja in der heutigen Fragestunde auch eine Frage, die ich leider aus Zeitgründen nicht stellen konnte, zu Überlegungen, die die Stadt Graz stellt, wie die GIBS zu unterstützen ist. Wichtig wäre jetzt einmal, dass die Verantwortlichen in der

Stadt Graz eine Entscheidung treffen und sagen, so geht das oder so geht das nicht, denn wir haben ja mit der Bundesministerin Schmied bereits Kontakt aufgenommen und es ist auch so, dass die Bundesimmobiliengesellschaft vom Bundesministerium schon beauftragt wurde, alle zur Zeit vorliegenden Varianten zu prüfen und der Ministerin zur Entscheidung vorzulegen. Es ist natürlich wichtig, dass bis zum nächsten Schuljahr eine Lösung gefunden werden muss und die Stadt Graz müsste noch Überlegungen anstellen und auch der Ministerin noch neue Varianten vorlegen, denn die Pädak ist für, wie du auch schon ausgeführt hast, für den Schulbetrieb nicht wirklich so geeignet und man müsste adaptieren und das wäre die teuerste Lösung. Vielleicht gibt es auch noch andere Vorschläge. Natürlich findet der Antrag von uns auch die Zustimmung, denn es geht um unsere Grazer Schülerinnen und Schüler (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich tue mir, obwohl ich wirklich aus überzeugter Leidenschaft für die GIBS kämpfe, tue ich mir insofern schwer bei der Diktion von der Frau Gemeinderätin Meißlitzer, wenn sie sagt, die Verantwortlichen der Stadt. Die Verantwortlichen der Stadt gibt es in dem Fall nicht, sondern die Stadt ist hergegangen und hat der GIBS Raum zur Verfügung gestellt, Raum, den die Volksschule Afritsch an sich dringend braucht. Wir haben den Raum prekaristisch überlassen, Frau Gemeinderätin, wir haben dem Landesschulrat, dem Herrn Erlitz gesagt, er hat das Prekarium, bitte kümmert euch sofort. In der Zwischenzeit habe den Herrn Landesschulratspräsidenten drei Briefe geschrieben, worin ich ihn aufmerksam mache, dass das Prekarium mit Ende des Schuljahres 2007/2008 ausläuft. Und, Frau Gemeinderätin, es ist nicht so einfach, sich darum zu kümmern, eine Schule, die 18 Klassen hat, irgendwo zu besorgen, weil das muss innerhalb eines Jahres erfolgen. Innerhalb eines Jahres müssen wir eine neue Lösung haben, entweder ich mache eine neue Geschichte mit der GIBS oder mir fällt was mit der Volksschule ein und das sage ich Ihnen nur, Frau Gemeinderätin, die Volksschule Afritsch ist eine der ganz, ganz wenigen Volksschulen, die steigende Schülerzahlen hat. Wir wissen das auf Grund der Geburtenstatistik im Umfeld und ich kann eine Volksschule nicht wahllos in der Stadt verlegen und versetzen, die muss ich im Wohnumfeld der

Schülerinnen und Schüler, die im Regelfall zwischen 6 und 10 Jahre alt sind, positionieren (*Applaus ÖVP*). Daher ist es so leicht dahingesagt, wenn die Frau Minister die BIG beauftragt, ist das so leicht dahingesagt, wenn der Herr Landesschulratspräsident eh bei mir anruft, Sie müssen sich das auf der Zunge zergehen lassen, der ruft mich sehr freundlich, ist ja ein freundlicher Mensch, der Landesschulratspräsident und sagt, Stadtrat hast was weitergebracht, sage ich, hast du was weitergebracht. Nämlich ich bin ratlos,...

Zwischenruf GR. Herper: Das gibt es doch nicht, dass du ratlos bist.

StR. **Miedl:** ...weil als eine der ganz wenigen Möglichkeiten, und ich sage es jetzt wirklich sehr deutlich, als eine der ganz wenigen Möglichkeiten einer Lösung sehe ich die Pädak in Eggenberg, die wir innerhalb der Zeit, die uns zur Verfügung steht, sanieren könnten. Eine andere fällt mir nicht ein und wenn wir jetzt so tun, als ob eh Lösungen in Aussicht stehen, dann sage ich Ihnen, ich sehe sie weit und breit nicht und es ist die Ministerin Schmied und der Landesschulratspräsident nachhaltig aufgefordert, wirklich was zu tun, nicht nur schmähhaltig dahinreden, das nutzt uns ja nichts, das bringt uns ja nicht weiter. Daher würde ich wirklich meinen...

Zwischenruf GR. Herper: Werner, wir stehen hinter dir.

StR. **Miedl:** ...ich bin auch bereit, im Einvernehmen mit PädagogInnen der Volksschule Afritsch, auch einen anderen Volksschulstandort zu suchen. Ich selber habe mich auf die Reise gemacht und einen solchen gesucht, nur es gibt ihn nicht, nicht sehbar für mich, nämlich die Variante, die zum Teil auch diskutiert wurde, dass man am Damm, wo die ehemalige Sonderschule am Damm untergebracht wird,

erweist sich als nicht brauchbar. Das sind fünf viel zu kleine Klassen, ich kann das nicht sanieren. Daher meine dringende Bitte, tun wir da nicht formal die Verantwortlichkeiten hin- und herschieben, sondern setzen wir uns jetzt wirklich zusammen, ich habe den Sektionschef Moser angerufen, er kommt in der nächsten Woche nach Graz. Nur damit man weiß, dass ich meine Verantwortung als Bürger dieser Stadt, als Bürger dieser Stadt, nicht nur als Schulstadtrat, wahrlich ernst nehme und Dinge wahrnehme, die eigentlich mich nichts angehen, weil ich werde im nächsten Jahr im Herbst meinen Klassenraum zurückfordern. Aber ich denke, das ist zu wenig, die GIBS-Kinder, die Kinder, die die GIBS besuchen, sind Kinder dieser Stadt und es ist eine wahrlich gute Schule, für die wir Verantwortung tragen. Daher ist mein dringendes Ersuchen um Unterstützung in Richtung Schmied, in Richtung Ehrlitz, dass man mehr tut, als nur auf die GIBS zu verweisen, das wird zu wenig sein.

Zwischenruf GR. Herper: Wir unterstützten dich ja, wir helfen dir.

StR. **Miedl:** Ich danke recht schön.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Herr Stadtrat, ich wollte nur aufmerksam machen, das ist ja erlaubt, den dringlichen Antrag hat nicht die Frau Gemeinderätin Meißlitzer gestellt, sie hat sich ja nur zu Wort gemeldet, sondern die Kollegin aus deinem Klub, die Frau Mag. Fluch und eines sind wir uns einig, wir müssen GIBS helfen.

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Einen Satz Werner, bei all deinem Engagement, du weißt, wir unterstützen uns in der Frage gegenseitig, haben auch die Informationen ausgetauscht, möchte ich schon darauf hinweisen, dass es die Frau

Bundesministerin Schmied war, die als Erste überhaupt daran gedacht hat, dieses fantastische Modell GIBS auszuweiten und dass es die Frau Gehrler verabsäumt hat über viele, viele Jahre, hier tätig zu werden und auch nur einen Vorschlag zu machen. Die Frau Schmied bemüht sich darum, die Räume zu finden und zu brauchen, die eine Ausweitung dieser Schule erst möglich machen. Leider ist es bisher sehr, sehr schwierig gewesen, wir wissen auch, dass das sehr viel Geld in Anspruch nehmen wird, es wird sehr, sehr viel Geld nach Graz kommen durch die Initiative von Frau Bundesministerin Schmied und ich glaube, wir sind beide, alle gemeinsam, sehr gut beraten, wenn wir dieses Anliegen auch unterstützen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl:** Herr Stadtrat Riedler, lieber Wolfgang, natürlich ist es so, dass die Frau Ministerin Schmied die formale Erlaubnis gegeben hat, das auszuweiten. Aber wie hat denn das ausgeschaut. Die waren bei mir und haben gesagt, Miedl, ich brauche mehr Raum und ich bin bitteschön in die Volksschule gegangen und habe mit den PädagogInnen geredet und habe gesagt, seid ihr bereit und ich habe, und das bitte wirklich die Stadtregierungsmitglieder mit auch zur Kenntnis zu nehmen, unter welchen harten Bedingungen die Volksschule dort, die unter ganz, ganz intensiven Problemen leidet, ich sage das da nicht in dieser Dramatik, weil dort müssen wir in Wirklichkeit ganz genau hinschauen, da gehen die PädagogInnen her und unterstützen diese Haltung und ich habe ihnen ein Versprechen gegeben, dass sie innerhalb eines Jahres den Raum zurückkriegen. Und so wie ich das jetzt sehe, sind wir nicht in der Lage, den Raum zurückzuverlagern, weil schlicht und einfach nichts da ist, es ist nichts da, nämlich eine Schule wie die GIBS in dieser Größenordnung neu zu bauen, bedarf ja bitteschön einer Vorbereitungszeit, einer Vorlaufzeit von zwei Jahren und vor drei/vier Jahren hast du die Schule nicht.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Gehrler versäumt, leider.

StR. **Miedl**: Das ist das Problem, daher müssen wir mehr tun, als nur drüber reden. Ich habe den Sektionschef Moser für nächste Woche eingeladen, nach Graz zu kommen, ich möchte diesen Vorschlag, Wolfgang, der ja auch über dein Ressort sozusagen ventiliert wurde, Am Damm, anschauen, weil jetzt müssen wir alles prüfen.

GRin. Mag. **Fluch**: In aller Kürze. Es freut mich sehr und ich denke, das muss eigentlich die Botschaft sein, dass die Stadt Graz und der Grazer Gemeinderat gemeinsam sagen, da brauchen wir dringend eine Lösung. Genauso soll das drüberkommen. Ich habe großes Verständnis dafür, dass man gerade auch so in Wahlkampfzeiten ein bisschen auch empfindlich ist und ganz gerne sagt, eigentlich soll der eine und eigentlich soll der andere, klar ist...

Zwischenruf GR. Herper: Wir tun das gemeinsam.

Mag. **Fluch**: Lieber Kollege Eichberger, es war so eine kleine lustige Bemerkung und das ist ja ok, ich mag ja einen Spaß, wenn du sagst, der Werner Miedl hat gesagt, er ist auf die Suche gegangen nach Räumlichkeiten und ist nicht fündig geworden und du sagst, weitersuchen, ist lustig, aber bitte, da sollte man bitteschön ganz still sein, weil es geht jetzt nicht darum, dass die Stadt weitersucht, die Stadt ist zum Glück, und das spürt man hier auch, nämlich über Fraktionen bereit, das zu tun, was schon lange nicht mehr eigentlich ihre Aufgabe ist, denn die GIBS ist eine Bundesschule. Nur wir alle miteinander haben das Glück und haben die Freude, dass wir bei GIBS bei allen möglichen Veranstaltungen und Projekten sozusagen beobachten können, was für tolle Ergebnisse sie bringt.

Zwischenruf GR. Herper: Wir haben heute noch mit dem Ministerium Kontakt aufgenommen.

Mag. **Fluch**: Die Aussage dieses heutigen Antrages und der einstimmigen Annahme muss sein, bitteschön wir bemühen, uns was wir können, wir haben jetzt schon mehr getan, als überhaupt unsere Pflicht gewesen wäre und jetzt bitteschön rasch seitens des Landesschulrates und des Bundesministeriums handeln. Ich sage noch einmal dazu, ich bin selbst eine, die in ihrem Beruf dann oft etwas verhandeln muss und ich mag das überhaupt nicht, wenn mir jemand vorgibt, es gibt nur eine einzige Lösung, weil das macht die Verhandlungsposition extrem schwierig. Wenn wir jetzt zum Bunde sagt, es muss justament Eggenberg sein, ist es schwierig für den Bund, weil das hat dann einen entsprechenden Preis. Ich bitte, dass ihr euch auch die Formulierung in unserem dringlichen Antrag anschaut, wo wir sagen, das ist eine Möglichkeit. Leider aus unsere Sicht in dieser Kürz der Zeit wahrscheinlich fast die einzige Möglichkeit, aber bitteschön lassen wir die Spaßteln, sagen wir klar, wir wollen eine gemeinsame Lösung und sagen wir bitte, Land und Bund jetzt Tätig werde und schauen wir, dass wir dieses tolle Erfolgsmodell möglichst gut absichern und für die Zukunft gut rüsten, danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Graz handelt fair

GRin. **Kummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kummer:** Sehr geehrte Damen und Herren! In meinem dringlichen Antrag geht es wieder um eine Sache, wo ich hoffe, dass die Frau Kollegin Jahn sich jetzt nicht sehr ärgern muss, weil es wieder...

Zwischenruf GRin. Jahn unverständlich.

GRin. **Kummer:** ...schon, ja, weil es wieder so ein Thema ist, das die Grünen vermeintlich für sich eigentlich allein beanspruchen zu können glauben.

Zwischenruf GRin. Jahn: Wir haben aber die Anträge geschrieben.

GRin. **Kummer:** Ja wir haben es auch gemacht, aber man muss halt irgendwann einmal einsehen, dass der Moment gekommen ist, dass es uns alle angeht. Also es ist ein Umweltkriterium, ein Fairnesskriterium, etwas, das die ganze Welt, alle Parteien, Überparteiliche angehen muss und dass diejenigen, die hier die Möglichkeit haben, was zu tun, auch was tun wollen. In diesem Sinne geht es darum, dass Graz fair handelt, sich bekennt zu einem Fair-Trade-Abkommen. Wenn man beachtet, dass täglich rund 100.000 Menschen an den Folgen von Hunger sterben, ohne in Dürreregionen zu leben, einfach aus dem simplen Grund, weil westliche Großkonzerne ihre an und für sich unermesslich reichen Rohstoffe völlig unter Kontrolle haben, es ist einfach zu laut, es macht keinen Spaß, danke. Ich war eben gerade bei den ziemlich ausgebeuteten Ländern der dritten Welt, ob das jetzt Afrika, Brasilien, was auch immer ist, Länder, die unermessliche Reichtümer haben an Rohstoffen aber eben von westlichen Konzernen völlig kontrolliert werden, wo Kinder, mittlerweile angeblich 12 Millionen, nicht in diesen Ländern, sondern in Exporthandelszentren etc. eingesetzt werden, um zu arbeiten, also in Sklaverei leben

eigentlich für den Weltmarkt, die für uns Produkte produzieren. Die arbeiten für Konzerne, das steht da nicht drinnen, aber es ist wichtig, dass man es erwähnt und es wird auch immer öfter öffentlich erwähnt, für Konzerne wie Disney oder Martell oder Mc Donalds, die also diese ganzen Kleinigkeiten herstellen, quasi von Kindern für Kinder so auf die Art und Weise, was völlig uneinsehbar ist für uns, was wir uns nicht vorstellen können, auch nicht nachvollziehen können und wo wir aus diesem Grund, falls wir es einmal hören, natürlich dann im Endeffekt auch gerne mal wegschauen, weil wir uns in diesem Bereich überfordert fühlen, hilflos fühlen, natürlich will das niemand, aber es ist auch niemand imstande, irgendwie oder fühlt sich nicht imstande, dagegen was zu unternehmen. Wenn man von Arbeitszeiten dieser Menschen in diesen Freihandelszonen und EPZ spricht, dann reden wir von Arbeitstagen, die bis zu 16 Stunden dauern, manchmal länger, wenn die Menschen einfach unter den Maschinen schlafen dürfen, weil gerade ein Großauftrag reingekommen ist, wo Frauen unter völlig nicht nachvollziehbaren, für uns, Bedingungen arbeiten müssen, die wir auch gar nicht wirklich jetzt näher erläutern wollen und nicht wirklich näher drauf eingehen wollen, weil das Ganze so weit ist, dass es Stunden dauern würde, bis man dieses alles aufgezählt hat. Faktum ist aber, dass es für diese enorme Arbeitsleistung meistens so einen Stundenlohn im Sinne von 4 Euro, 4.32 Euro und so gibt, also auch etwas, womit wir nicht wirklich umgehen können, was wir nicht nachvollziehen können. Es führt natürlich dazu, dass wir das nicht verstehen können, dass wir zwar Kopf schütteln, dass wir zwar fassungslos sind, dass wir wütend sind, das war es dann aber auch schon, weil wir das Gefühl haben, wir sind hilflos, wir können nichts tun gegen die großen Konzerne beziehungsweise gegen diese ungerechten Machtverteilungen und diese Ohnmacht. Denn die lassen uns glauben, dass wir alles das kaufen müssen, was besonders hübsch verpackt und besonders günstig erscheinend auf unseren Ladentischen in den Regalen, in den vollen prangt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass es auch gar nicht unbedingt billig sein muss, es kann ohne weiters auch teuer sein, wenn da ein tolles Label draufsteht, da gibt es viele mit Pferden, mit Polospielern, mit Krokodilen, mit anderen Tieren, ja, ist ganz egal, die alle in den gleichen EPZ produzieren, nur andere Pickerl draufpicken, wir zahlen dann aber im Endeffekt für ein solches Produkt 100 Euro und die eigentliche Wertschöpfung für Produktion, also nämlich die Arbeitsleistung inklusive der Rohstoffe selber, ist bei 0,4 %, das sind bei ein paar Turnschuhen, die 100 Euro

kosten, ungefähr 40 Cent pro Turnschuh, worauf es auch immer aufzuteilen ist, auf die Arbeit, beziehungsweise dann tatsächlich den Rohstoff selbst. Also das kann so nicht funktionieren. Das was diese Gesellschaft, unsere Wegwerfgesellschaft, so auszeichnet, ist dieses Dazu-gehören-Wollen, dass natürlich diese Labels, die müssen jetzt gar nicht wahnsinnig günstig sein, können auch ohne weiteres teuer sein, dass die uns sagen, ok wir gehören dazu, wir kriegen jetzt eine soziale Sicherheit, so ein tolles Produkt, aber in dem Moment, wo wir dazugehören, haben wir schon gewonnen. Es will niemand wissen, woher kommt sein Handy eigentlich oder wer will wissen, ob Kindersklaven, ausgebeutete Frauen oder geschundene Männer meine Turnschuhe produziert haben oder es fragt sich auch niemand nach dem Schlachttransport oder Lebensbedingungen seiner Extrawurstsemmel, also ob die Tomaten jetzt bei uns im Regal aus Italien kommen, dafür werden in Griechenland Grazer oder österreichische Tomaten verkauft, das sind alles so Sachen, die halt passiert sind und über die niemand weiter nachdenkt.

Die Medien haben ein weiteres Problem, die können sich nämlich oftmals nicht leisten, auf die Millionenverträge mit den Handelsketten zu verzichten. Die 80 bis 90 % ihre Etats in Marketing und Werbung investieren, also eben genau in diesen Zeitschriften dann auch schalten und da wird man halt leicht einmal mundtot gemacht und da stellt sich dann irgendwann die Frage, wer kann eigentlich dem entgentreten, wer kann sich das leisten? Und ich bin der Meinung, wir können uns das leisten, wir müssen es uns sogar leisten, denn wir als die politischen Verantwortungsträger der Stadt Graz haben nicht nur die Chance, wir haben auch die Pflicht, einerseits den Import unfairer Güter, Güter die auf diese Art und Weise entstanden sind, drastisch zu reduzieren, auf der anderen Seite natürlich verstärkt auf unsere heimische Produktivität zu setzen (*Bürgereister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), auf unsere heimischen Produkte zu setzen und wenn das nicht möglich ist auf Grund von klimatechnischen Verhältnissen, dann werden wir Produkte, die eben von weit her kommen, über die Fair-Trade-Schiene und TransFair auch abwickeln und das ist etwas, womit man durchaus leben kann. Es gibt dafür ein Prädikat, das nennt sich „Graz handelt fair“, wird von Fair Trade an eine Gemeinde vergeben, wenn sie gewisse Kriterien erfüllen. Und diese Kriterien sind sehr leicht einfach hier jetzt aufzuzählen, als Erstes klar muss eine Ansprechperson gefunden werden, die in Graz für eben Fair-Graz verantwortlich ist, die Fäden zusammenführt, es wird empfohlen, einen Arbeitskreis, einen natürlich überparteilichen Arbeitskreis

einzurichten, der sich mit diesen Punkten befasst. Natürlich wird die Stadt Graz in weiterer Folge verpflichtet, alles was die öffentliche Hand beschaffen kann, fair zu kaufen beziehungsweise natürlich nachhaltig erzeugt regional zu kaufen. Nahversorger und Gastronomiebetriebe werden angehalten, ebenso auf fairem Wege ihre Angebote zu gestalten und natürlich was ganz wesentlich ist, die Bildungseinrichtungen in Schulen Projekte anzubieten, wo man mit den Kindern diese Wege zu einem faireren Leben, zu einer besseren Welt auch tatsächlich durchspielen kann, denn die werden es in der nächsten Generation dann umsetzen. Wesentlich ist, dass öffentliche Unterstützung, dass mediale Unterstützung da sehr stark mit ins Boot geholt wird, der da mit aufspringt, denn im Endeffekt müssen die Menschen dann handeln. Die Menschen draußen, die Bürgerinnen und Bürger, jeder der jeden Tag einkaufen geht, der hat die Chance zu sagen, ok, das Nussini kaufe ich nicht, ich kaufe mir statt dessen ein gutes biologisches Apferl oder wie auch immer.

Daher stellt ich seitens der ÖVP-Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat bekennt sich in umfassender Weise zur Idee und Grundsätzen einer besseren, weil fairen Welt, wie sie insbesondere die Idee von „Fair Trade“ verkörpert. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden aufgefordert, auf bestehende Beratungsangebote für Gemeinden und Organisationen, und da gibt es etliche, ob das jetzt über Fair Trade und TransFair läuft, ob es über das Welthaus, das Klimabündnis etc. läuft, bei der Ausarbeitung des Maßnahmenpaketes zurückzugreifen und den Entwurf entsprechender Umsetzungsschritte zur Beschlussfassung dem Gemeinderat schließlich vorzulegen. Alle Einrichtungen der Stadt Graz, oder solche, die Mittel der öffentlichen Hand erhalten, dürfen nur fair gehandelte und nachhaltig erzeugte regionale Produkte verwenden beziehungsweise ankaufen, die im Motivenbericht angeführten sechs Kriterien müssen erfüllt werden, darüber hinaus verpflichtet sich die Stadt Graz in all ihren Verantwortungsbereichen, die Idee „Fair Graz“ zu berücksichtigen und aktiv voranzutreiben. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fuchs** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr erfreulich, dass wir hier im Haus mit der Grazer Volkspartei eine Partei haben, die sich endlich traut, dem Kapitalismus wirklich die Stirn zu bieten. Das Diktat des internationalen Währungsfonds oder des GATT-Abkommens, das alles mitsamt den ziemlich unangenehmen Auswirkungen für die Situation der arbeitenden Menschen in der dritten Welt, Kinderarbeit, Ausbeutung, all das sind ja Themen, gegen die sich auch die KPÖ wendet, wenn auch nicht mit der Vehemenz wie die Grazer Volkspartei, muss ich zugeben, und darum werden wir diesem Antrag, der Dringlichkeit und auch dem Inhalt freudig zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem es ein gemeinsamer dringlicher Antrag von SPÖ und ÖVP ist, darf ich Frau Gemeinderätin Jahn jetzt noch um eine Wortmeldung zur Dringlichkeit ersuchen.

GRin. **Jahn**: Danke Fuchsi für deine Wortmeldung. Das habe ich sehr interessant gefunden, bin gespannt, wie das dann so in der Landwirtschaftsförderung und überhaupt weiterrennt bei der ÖVP, das wir noch lustig werden. Der Antrag ist inhaltlich natürlich unterstützenswert, eh klar, wie ihr wisst, wir haben da schon sehr viele Initiativen gesetzt in dem Bereich. In der letzten Gemeinderatssitzung ist es mir ähnlich wie der Kollegin Kummer gegangen, da war nämlich das Thema, dass wir in der Stadt als ersten Schritt einmal die ganzen Automaten, die wir hier haben, Coca Cola und Co, umstellen auf Fair-Trade-Automaten und niemand hat zugehört, außer die Tatjana. Die hat nämlich gesagt, das ist ein Superantrag. Ansonsten war eher ziemlich lautes Gerede im Raum, insofern sieht die ÖVP einmal, wie das dann so ist, wenn man gute Anträge hat und niemand zuhört. Ich würde mir wünschen, dass auch unsere ganzen Anfragen, Anträge an den Herrn Bürgermeister, an die Stadtregierung, wo es darum geht, Schulbuffets, andere Buffets der Stadt Graz, das die einmal biologisch und vor allem auch fairgetradet ausgerichtet werden, ist das ein Antrag in die richtige Richtung, das bleibt auf alle Fälle zu hoffen. Was noch

dazukommt, wenn wir so einen dringlichen Antrag eingebracht hätten, da hätte es wahrscheinlich geheißen, na, das ist finanzwirksam, weil das kostet ja viel mehr, wenn wir alles mit Fair-Trade die ganze Beschaffung ausrichten und das wissen wir nicht, ob wir das jetzt zulassen können. Also das musste ich an dieser Stelle hier auch dazusagen, es ist uns ja schon das eine oder andere Mal passiert, dass finanzwirksame Anträge dann nicht so gern gesehen werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Dringlichkeit bitte, Frau Gemeinderätin. Wir haben dann noch Gelegenheit beim Antrag selbst.

GRin. **Jahn**: Dringlich, ich hoffe auch, dass ihr mit eurer Bundespartei da kommuniziert, weil seit längerem kann ich mich erinnern, seid ihr, glaube ich, so was Bundesregierung heißt das, glaube ich, und da kann man natürlich auch über die Entwicklungshilfe reden und da ist Österreich eines der Schlusslichter innerhalb der EU, gemessen auf das österreichische BIP, was wir an Geldern in Entwicklungshilfe, in diejenigen Länder, wo nämlich genau das passiert, was wir hier kritisieren, nämlich unfaire Handel, schlechte Belohnung und Kinderarbeit passiert und insofern vielleicht könnt ihr das auch euren BundeskollegInnen mitgeben, dass da ein großer Handlungsbedarf besteht.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Kummer**: Ich freue mich sehr, dass das für Graz jetzt mittlerweile sehr gut aussieht, dass Fair Graz ein Projekt werden wird, zu dem wir uns alle verantwortlich zeigen und uns auch verpflichtet fühlen, das umzusetzen, auch wenn das Ganze beim vorletzten Gemeinderat dieser Periode fast schon einen feierlichen Touch hat, es ist eine sehr erfreuliche Sache und ich glaube, es ist eine wichtige

Schienenlegung in die Zukunft auch für die nächsten Generationen. Vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Family Card

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass die Zukunft der Grazer Verkehrspolitik natürlich in der Forcierung des öffentlichen Verkehrs liegt, ist wohl für uns alle, nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes, unbestritten. Die Wohn- und Lebensqualität, die begrenzten Flächen im städtischen Raum, die Umweltaspekte und die Mobilitätsbedürfnisse sprechen klar für den ÖV als streng vorrangig zu fördernden Verkehrsträger.

Klar ist aber auch: Die Akzeptanz des öffentlichen Verkehrs steht und fällt mit seiner Attraktivität – und dazu gehören eben auch Tarifmodelle, die den Umstieg „schmackhaft“ machen. Eine in diesem Zusammenhang interessante Personengruppe sind sicher die Jungfamilien: Einerseits sind unmittelbar nach der Geburt eines Kindes die finanziellen Belastungen für Familien größer, andererseits sind gerade in den ersten Lebensmonaten beziehungsweise -jahren überproportional viele Wege zu erledigen: Regelmäßige KinderärztInnenbesuche, Termine bei den Elternberatungen etc. sorgen für erhöhten Mobilitätsaufwand.

Zwar gibt es über den Familienpass des Landes die Möglichkeit, dass Eltern eine Halbpreskarte erwerben und Kinder gratis unterwegs sind – doch dieses Modell gilt ausschließlich für Fahrten mit einem Kind. Doch nicht jeder Weg erfolgt in Begleitung eines Kindes: Manchmal bleibt ein Partner mit dem Kind zu Hause, während der andere schnell wichtige Erledigungen durchführt. Oder Beispiel Kinderkrippe: Das

Hinbringen mit Kind ist halbp reisig, das Abholen ist dann wiederum vollpreisig, das Heimfahren wieder halbp reisig. Ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt. Das weißt du am besten, lieber Tommi.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Ich erkenne die Emotion.

GR. Herper: Na ja, ich meine, man beschäftigt sich ja, schließlich habe ich ja auch Kinder und stehe bald vor der Tatsache, dass ich eben auch Enkelkinder haben werde. Eine für Jungfamilien zweckmäßigere, weil auch attraktivere Alternative wäre demgegenüber die Einführung einer „Family Card“, die Jungfamilien mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr berechtigt, eine innerhalb der Familie übertragbare Verbund-Familienjahreskarte für die Zone 101 zum halben Preis einer Jahreskarte, also um 154 Euro, zu erwerben. Mit dieser „Family Card“ könnte man alleine, zu zweit oder mit der ganzen Familie alle Straßenbahnen und Autobusse in der Zone 101 sowie die Schloßbergbahn benützen. Und das wäre für Jungfamilien nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern auch ein Anreiz zum Ein- und Umsteigen, der sich unter Umständen in weiterer Folge auch nachhaltig, auch in Zukunft, für die Verkehrsträgerwahl auswirken würde.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Einführung einer „Family Card“ gemäß Motivenbericht.
2. Es ist eine Projektgruppe aus VertreterInnen der Magistratsdirektion, der Mag.-Abt. 8 und der Stadtbaudirektion einzurichten, die unter Einbeziehung von ExpertInnen der Grazer Stadtwerke/GVB ein entsprechendes Detailprojekt als Basis für die mit dem Verkehrsverbund beziehungsweise dem Land Steiermark

zu führenden Verhandlungen auf politischer Ebene bis Ende Jänner 2008 entwickelt.

Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fuchs** zur Dringlichkeit: Ich möchte nur eine kurze Anmerkung zur Family Card machen. Es gibt ja einen sehr strengen Schutz von Markennamen und es gibt bereits eine Family Card, das ist aber nicht diese Karte, das ist nicht die Visitenkarte vom Herrn Kollegen Hohensinner, sondern diese Karte IKEA, das schwedische Möbelhaus hat bereits eine Family Card, darum bitte ich bei der weiteren Diskussion zu berücksichtigen, dass man vielleicht über einen anderen Namen nachdenken sollte (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Lieber Karl-Heinz, wir werden uns der Dringlichkeit bei einer Frage, die sozusagen die Kinderfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit der Stadt Graz betrifft ganz sicher nicht verschließen. Muss aber schon dazusagen, dass wir uns auch darauf verlassen, dass eine Gruppe, die auch aus ExpertInnen besteht, sich anschaut, dass ja nicht die Stadt Graz sozusagen in Verhandlungen gegenüber dem Verkehrsverbund fleißig hier schreit und dann auch mit alles an Mehrkosten auf sich nimmt, denn tatsächlich ist es so, dass dank des Familienpasses, der ja sozusagen auch in der Abteilung angesiedelt ist, die ich leiten darf, doch einiges an Ermäßigungen für Familien drinnen ist. Es gibt darüber hinaus glücklicherweise auch einige Privatfirmen, es gibt, im Magistrat gilt das, glaube ich, ich glaube, es gilt bei der Caritas und bei verschiedenen Banken etc. gibt es für Familienväter und Familienmütter bereits tolle Ermäßigungen und auch die Bereitschaft von privater Seite, wo dazuzufinanzieren, ich denke, wir müssen einfach nur aufpassen, dass man das alles berücksichtigt. Wenn das in einem Detailkonzept miteinfließt, dann soll es uns Recht sein, daher ja zur Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag. **Taberhofer** zum Antrag: Als KPÖ stimmen wir natürlich auch dem Inhalt zu, wobei ich aber darauf hinweisen möchte, dass wir ja vor zwei Gemeinderatssitzungen die Prüfung des Sozialpasses einstimmig beschlossen haben und aus meiner Sicht ist natürlich nichts einzuwenden, wenn die Gruppe der Jungfamilien auch eine Vergünstigung, eine bessere Situation bei den GVB erhalten soll, aber es gibt noch weitere Zielgruppen und da kann man also viel besser mit dem Sozialpass, also für Menschen mit geringerem Einkommen, mit der Prüfung des Sozialpasses, kann man dann mehrere Zielgruppen einbeziehen. Und dieser Sozialpass soll ja auch dazu da sein, den Zugang zu sozialen Leistungen und zum gesellschaftlichen Leben zu erleichtern, und unter anderem war eben ein wesentlicher Punkt die GVB, also die Benutzung der GVB für Menschen mit geringem Einkommen, also da Verbesserungen zu erzielen, also deshalb ist für mich das nur ein Teilaspekt dessen, was wir uns im Rahmen des Sozialpasses wünschen, vorstellen und der hoffentlich dann auch nach Prüfung umgesetzt werden soll. Wir stimmen aber dem Inhalt zu (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, um auf die letzte Wortmeldung zu kommen von der Kollegin Taberhofer, das ist im Grunde kein Widerspruch, es geht einfach, denke ich, inhaltlich darum, nicht nur zu zeigen, dass die Stadt Graz großzügig auch im Interesse der Jungfamilien im Sinne dieser Familienkarte umgeht künftig, sondern wenn man überhaupt über den öffentlichen Verkehr diskutiert, dann haben wir zunächst einmal den Blick immer fokussiert in Richtung Infrastruktur, das ist richtig. Ich muss ja etwas schaffen, damit auch die Möglichkeit besteht, dann auch stärker auf die Schiene umzusteigen. Da ist jetzt einiges passiert, da haben wir eine unglaubliche Herausforderung für die kommenden Jahre, wenn wir bedenken, dass die CO₂-Situation natürlich weiter ansteigen wird, die Feinstaubsituation in Graz kennen wir bereits. Also, große Investitionen notwendig, was genauso dazugehört, wenn man eine Offensive für den öffentlichen Verkehr startet, in Wirklichkeit auch nachzuschauen, ob das Taktfahrangebot auch wirklich zeitgemäß ist. Ich weiß, dass wir da manche Dinge zurückgenommen oder zurücknehmen mussten aus verschiedenen Gründen, aber das ist das Zweite und das Dritte ist, meine Damen und Herren, in den letzten 15

beziehungsweise 20 Jahren hat sich der Modal Split in Graz überhaupt nicht verändert. Wir liegen nach wie vor wie in den 90er-Jahren bei 19 % und wenn man Vergleiche zieht mit andere Städten, mit Linz, Salzburg oder auch Wien, dann ist dort gelungen, auch mehr Fahrgäste an den öffentlichen Verkehr zu binden und es ist ein wesentliches Ziel. Ich sage immer, es muss Graz gelingen, in den nächsten zehn Jahren insgesamt zehn Prozent mehr an Fahrgästen zu haben, dann ist es ein toller Beitrag im Sinne auch unserer umweltrelevanten Dinge, diese Geschichte, und man sieht, dass der öffentliche Verkehr natürlich auch durchaus so etwas wie eine sozialpolitische Wirkung hat, diese Maßnahme ist ähnlich wie die Seniorenkartenförderung, Studierendenkartenförderung ein weiterer Meilenstein dafür, dass eine Gruppe von Menschen bereit ist, ich bin überzeugt, auch Gebrauch machen wird, mehr und stärker den öffentlichen Verkehr zu benützen, ein Vorteil für alle im Sinne der Lebensqualität. Ich freue mich (*Applaus SPÖ*).

GR. **Herper**: Ich bedanke mich bei dir, Eva Maria Fluch, und bei dir, Uli Taberhofer, für die sehr konstruktiven und konkreten Vorschläge und Ergänzungen und wir werden gemeinsam darauf achten, dass das auch so in Beachtung genommen wird bei den Arbeiten dieser Arbeitsgruppe. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Erhöhung Kontingentschlüssel für SPF auf 3,5

GRin. **Meißlitzer** stellt namens der SPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meißlitzer**: Ich glaube, Graz ist doch eine Bildungs- und Schulstadt, denn in den letzten Gemeinderatssitzungen ist es immer zum Thema Schule einigermaßen

heftig hergegangen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Lehrerinnen und Lehrer an den steirischen Pflichtschulen firmieren zwar ,über sogenannte Lehrer- und Lehrerinnen-Kontingentberechnungen durchgeführt, deren Basis wiederum die Schüler- und Schülerinnenzahl ist. Das zu betonen ist mir insofern wichtig, als es immer wieder fälschlicherweise so dargestellt wird, dass das Land Steiermark – oder gar die Stadt Graz – dafür verantwortlich wäre, dass ausreichend Lehrer und Lehrerinnen und vor allem auch ausreichend StützlehrerInnen zur Verfügung stehen.

Denn auch die zur Verfügung stehende Zahl der Letztgenannten wird jeweils vom Bund berechnet: Basis für diesen sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarf ist die Zahl 2,7. Im Klartext heißt das: Man geht davon aus, dass pro Geburtenjahrgang 2,7 Prozent der Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf haben – und dafür gibt es eben zusätzliches Lehrpersonal, nämlich die StützlehrerInnen.

Natürlich kann und wird von der jeweiligen Schulbehörde dieser 2,7-Prozent-Schlüssel nicht gießkannenartig auf jede einzelne Schule oder gar Klasse verteilt, denn die Notwendigkeiten und Erfordernisse sind regional höchst verschieden, zumal ja in diesen sonderpädagogischen Förderbedarf auch die Unterstützung von Klassen mit Kindern mit nicht deutscher Muttersprache fällt. Und da ist der Bedarf vor allem in den Ballungszentren wesentlich größer.

Es hieße, die sprichwörtlichen Eulen nach Athen zu tragen, hier an dieser Stelle über Pflichtschulen in den Bezirken Lend oder Gries zu berichten, in denen in manchen Klassen nur ein oder zwei Kinder sind, die Deutsch als Muttersprache haben. Unter welchen schwierigen Bedingungen da die LehrerInnen arbeiten, ist kaum noch zu vertreten: Denn ab der zweiten Schulstufe werden auch hier die StützlehrerInnen-Stunden sukzessive und drastisch reduziert – zu Lasten der Lehrer und Lehrerinnen und zum Schaden der Kinder. Weil eben einfach nicht ausreichend Kontingentstunden zur Verfügung stehen.

Ich weiß schon, dass Geld alleine noch lange nicht qualitätsvolle Bildung garantiert – Faktum aber ist wohl auch, dass qualitätsvolle Bildung ihren Preis hat. Und wenn offenkundig ist, dass der Berechnungsschlüssel für den sonderpädagogischen Förderbedarf aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr der Realität

entspricht, wenn die Schulen beziehungsweise die Lehrerinnen und Lehrer sich im Stich und alleine gelassen fühlen, wenn das Unterrichten aufgrund des Fehlens von Stützlehrerinnen und Stützlehrern fast verunmöglicht wird, ist es hoch an der Zeit, diesen Berechnungsschlüssel auf die realen Notwendigkeiten hin abzuändern.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs und des Gemeinderatsklubs der Grünen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge gemäß Motivenbericht in einer Petition die Bundesregierung auffordern, den Berechnungsschlüssel für die Kontingentvergabe für den Sonderpädagogischen Förderbedarf von 2,7 auf 3,5 Prozent erhöhen und zweitens, die Bundesregierung möge entsprechend den tatsächlich notwendigen Förderbedürfnissen für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache den Schlüssel für die Stundenkontingente für außerordentliche SchülerInnen auf 1 und für ordentliche SchülerInnen auf 0,5 erhöhen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch** zur Dringlichkeit: Also irgendwie haben wir heute hier eine andere Stimmung, das soll mir schon recht sein. Gleich vorneweg, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Ein bisschen wundere ich mich, wir können heute in sehr sachlicher Atmosphäre etwas besprechen, über das es das letzte Mal fast Schreiduelle gegeben hat, als nämlich unser Schulstadtrat gesagt hat, wir sollten dringend an dem Schlüssel etwas ändern. Wie gesagt, wenn wir heute darüber reden und da zusammenkommen, soll es uns Recht sein, Dringlichkeit selbstverständlich unserer Meinung nach ja, es war schon das letzte Mal dringlich (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. **Miedl** zum Antrag: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren! Wichtig ist in Richtung der Antragstellerin Frau Gemeinderätin Meißlitzer vielleicht, dass wir doch auch die Definitionen klären, nämlich, Frau Gemeinderätin, wir müssen unterscheiden zwischen dem sonderpädagogischen Förderbedarf, der im Wesentlichen behinderte Kinder, nämlich solche mit geistiger oder körperlicher Behinderung, umfasst oder Verhaltensauffälligkeiten und den sogenannten IKL-Lehrer, der bislang auch verstärkt eingesetzt wurde für MigrantInnenprobleme, wo es darum geht, das Erlernen der deutschen Sprache und darüber hinaus auch das kulturelle Lernen, nämlich was ist in der neuen Heimat an neuen Dingen. Ich sage Ihnen, Frau Gemeinderätin und meine Damen und Herren, es werden die 2,7 Prozent, die Sie fordern, nicht reichen, auch nicht die 3,5 Prozent, sondern wir haben einen tatsächlichen Bedarf, Frau Gemeinderätin, und das ist mir sehr wichtig, wir haben einen tatsächlichen Bedarf von 6,9 Prozent. Es reichen nicht 3,5 Prozent, es hört mir nur leider keiner zu, es reichen nicht 3,5 Prozent, sondern wir müssten 6,9 Prozent haben, wenn es darum geht, dass wir die Notwendigkeiten in dieser Stadt bemessen. Daher würde ich ersuchen, dass wir die Formulierung in Richtung „dem Bedarf entsprechend“ festlegen, das haben wir in Wirklichkeit auch in den Vorgesprächen so definiert. Das Problem haben wir speziell deswegen auch verschärft, weil Umlandgemeinden in Spezialschulen der Stadt hereindrängen mit ihren Kindern, selbstverständlich sind wir für diese Kinder auch gerne dann zuständig, wenn wir ein Angebot für sie haben können. In Summe, und das vielleicht in Richtung der SPÖ, ich kann mich noch erinnern, im letzten Gemeinderat waren alle irrsinnig aufgeregt, weil ich genau das gesagt habe, was die Frau Gemeinderätin Meißlitzer heute von sich gibt, nämlich, dass wir einen viel höheren Bedarf haben als uns seitens des Bundes beziehungsweise vom Landesschulrat zuerkannt wird (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und zwar im IKL-Bereich und im Sonderpädagogischen Förderbedarf in beiden Bereichen. Daher kann ich das nur unterstreichen, es ist nicht nur dringlich, es ist höchst notwendig und schon längst an der Zeit, dass wir hier die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen und worum ich wirklich nachhaltig ersuche, alle die sich mit Schulpolitik auseinandersetzen, der Zentralraum, der Ballungsraum hat ein viel höheres Problem als das Umland. Und wenn jetzt eine Quote festgesetzt wird, die für die Stadt Graz gleich ist wie für den Bezirk Murau, dann haben wir natürlich ein Problem, weil im Bezirk Murau die Probleme viel geringer sind. Das heißt, wir

brauchen dem Bedarf entsprechend auch entsprechendes Angebot für unsere Schulen und darum würde ich bitten, daher unterstütze ich den Antrag, darum unterstütze ich auch Sie, Frau Gemeinderätin Meißlitzer, in Ihrem Vorhaben. Ich hoffe, dass wir möglichst bald zur Realisierung kommen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer:** Wir haben da einen Zusatzantrag, der so lautet: „Zum rubrizierten dringlichen Antrag der SPÖ, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Zusatzantrag, den Berechnungsschlüssel für die Kontingentvergabe für den Sonderpädagogischen Förderbedarf von 2,7 auf eine bedarfsgerechte Zuteilung dieser Stunden speziell in den Ballungszentren zu erhöhen.

Weiters möge die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, das IKL-Stundenkontingent so zu berechnen, dass diese Stunden den tatsächlichen Bedarf in den jeweiligen Bezirken abdecken können.“ Also keine konkreten Zahlen, wie sie ihr drinnen habt, sondern wirklich an der konkreten Situation gemessen.

GRin. **Edlinger:** Ich möchte trotzdem noch einmal, nach dem der Herr Stadtrat Miedl das angesprochen hat, auf die Diskussion im letzten Gemeinderat zurückkommen. Herr Stadtrat Miedl, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war Ihr Beitrag nicht unbedingt nur dahingehend, dass es darum geht, den tatsächlichen Bedarf abzudecken, sondern die Vorwürfe, die von Ihnen und vom Herrn Bürgermeister gekommen sind, wir erinnern uns noch sehr gut, der Herr Bürgermeister hat gesagt, er hat da ein Schreiben erhalten, ein E-Mail, da steht drinnen, dass die Bildungslandesrätin Vollath quasi aktiv Stunden in der Stadt gekürzt hätte, unterstützende Stunden im sonderpädagogischen Bereich und auch im Bereich der Sprachförderkurse. Wir haben dem entgegengesetzt, dass das Land das bewilligt hat, was die Stadt oder über den Bezirksschulrat angefordert wurde. Sie haben dann am Schluss der Diskussion gemeint, Sie würden da jetzt einmal recherchieren, was da wirklich los war. Da würde mich jetzt interessieren, was da rausgekommen ist, ob jetzt die böse Frau Bildungslandesrätin Vollath da weniger genehmigt hat, als über den Bezirksschulrat angesucht wurde oder ob das vielleicht doch nicht so war.

Insofern ist ja das Klima in dem die Diskussion heute hier stattfindet, ja wirklich ein sehr angenehmes, aber weil ich nicht wusste, ob Sie die Zahlen bei der Hand haben und uns das heute präsentieren werden, was Ihre Recherchen ergeben haben, habe ich selbst mir auch erlaubt nachzufragen, wie denn das war und Tatsache ist, dass wir erfreulicherweise vom Land mehr bekommen haben, als eigentlich vom Bezirksschulrat angefordert wurde. Nämlich in Summe, ich glaube, wenn man alles zusammenzählt, an die zehn Dienstposten mehr für die verschiedenen Förderbereiche. Deswegen denke ich mir, bitte führen wir diese Diskussion einfach wirklich anhand der Fakten, offensichtlich funktioniert das heute, das ist sehr angenehm und setzen wir uns einfach gemeinsam dafür ein, dass unsere Kinder die besten Voraussetzungen und Unterstützungen an unseren Schulen haben und die Lehrer und Lehrerinnen sehr gute Arbeitsbedingungen, dann kommen wir am ehesten zum Ziel, statt mit irgendwelchen Mails, die nicht verifizierbar sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bin also sehr dankbar auch, dass die Edeltraud diese Initiative gesetzt hat. Aber es juckt mich, ich muss dem Herrn Stadtrat Miedl etwas sagen. Ich kann es mir nicht verkneifen, es sei denn, Sie hätten das nicht gesagt. Sie haben gemeint, Sie müssen der Kollegin Meißlitzer so ein bisschen auf die Sprünge helfen, was die Definitionen betrifft, korrekte Definitionen. Also es gibt überhaupt keine Stunden für den IKL-Bereich, gibt es nicht, weil es den IKL nicht gibt. IKL heißt Interkulturelles Lernen und ist ein Unterrichtsprinzip. Das was Sie meinen, heißt Deutsch als Zweitsprache und für diesen Förderkurs gibt es die Stundenkontingente. Nur soviel, ich hätte es mir verkneifen, wenn Sie nicht eine Kollegin, die wie gesagt, nicht aus dem Schulbereich kommt, aber die ein ehrliches Anliegen hat und vielleicht bei den Begriffen nicht so jetzt sattelfest ist, was mich persönlich überhaupt nicht stört, wenn Sie da nicht versucht hätten, sie ein bisschen zu maßregeln, zu belehren.

StR. **Miedl**: Also, da mit der einen Geschichte sind wir relativ schnell fertig, Frau Kollegin Binder. Die IKL-Stunden werden als IKL-Stunden nicht zuletzt von den Pädagoginnen so beschrieben und so bezeichnet, ich übernehme nur eine Terminologie, die sozusagen von den PädagogInnen kommt, bleibe auch dabei, weil das so bekannt ist.

Zwischenruf GRin. Binder: Aber nicht andere belehren.

StR. **Miedl**: Frau Kollegin, und wir müssen unterscheiden, weil das eine ist ein ganz anderer Begriff, der sonderpädagogische Förderbedarf ist ganz was anderes, aber da sind wir uns wahrscheinlich eh einig. Wissen Sie, wieso ich diese Korrektur vorgenommen habe und das auch gesagt habe, weil genau darum ist es in der letzten Diskussion gegangen und jetzt bin ich bei Frau Kollegin Meißlitzer. Wir haben dort festgelegt, dass der Bezirksschulrat zwar systemkonform angefordert hat, wie es ihm vorgeschrieben ist, das sind ja letztlich Beamte und wir in der Politik hätten die Aufgabe, jetzt endlich ein anderes System zu forcieren und das ist ja das Problem, nämlich weniger Stunden, meine Damen und Herren, haben wir deswegen, weil das MigrantInnenprogramm bei uns stärker geworden ist und in Wirklichkeit die Stadt Graz in der Quote gleich beteiligt wird wie die Bezirke in der sonstigen Steiermark und wir haben das gleiche Problem auch im sonderpädagogischen Förderbedarf, wo wir wissen, bitteschön, dass wir zur Zeit 2,7 Prozent kriegen und in Wirklichkeit, wenn ich es umlege nach dem Bedarf, Frau Kollegin Binder und Frau Kollegin Meißlitzer, müsste ich 6,9 Prozent haben in dieser Stadt Graz und das ist das Problem und da müssen wir das System verändern und das System, Frau Kollegin Meißlitzer, kann nicht der Bezirksschulinspektor verändern, sondern es ist Aufgabe der Politik und wir haben diskutiert damals und haben gesagt, bitteschön, ändern wir das, treten wir an Vollath und sonstige Verantwortliche heran, damit es geändert wird. Jetzt kommt die Frau Kollegin Meißlitzer in einem dringlichen Antrag und will genau das, was der Herr Bürgermeister das letzte Mal gesagt hat. Und jetzt sage ich ja, machen wir das, nur die Quote, Frau Kollegin Meißlitzer, ist zu gering ausgefallen. 3,5 Prozent sind aus

meiner Sicht zu wenig und die Frau Gemeinderätin Bauer hat jetzt gesagt in einem Zusatzantrag, Frau Kollegin Binder, in einem Zusatzantrag haben wir festgelegt, dass wir keine Quote vorsehen, sondern dem Bedarf entsprechend und ich halte das für eine wirklich faire Vorgangsweise, wenn wir sagen, so groß wie der Bedarf ist, so wollen wir die Stundenkontingente zugeteilt wissen. Und ich bitte und werbe noch einmal darum, dass wir für diesen Zusatzantrag eine Mehrheit erhalten, würde ich wirklich bitten (*Applaus ÖVP*). Ich korrigiere, der Charly Herper hat Recht, das ist ein Abänderungsantrag und darum geht es mir jetzt als Schulpolitik-Verantwortlicher in der Stadt, wir haben ja viel zu wenige Stunden, unsere PädagogInnen stöhnen unter der Last, die wir ihnen überlassen und daher ist der Antrag von der Pädagogin Uli Bauer in Wirklichkeit wirklich mehr als gerecht im Interesse unsere Kinder und deren Schulen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer:** Nur noch einmal ganz langsam ein paar klärende Worte, weil mir das ganz wichtig ist. In Graz sind die sonderpädagogischen Stunden um 171 Einheiten zurückgegangen, das ist klar überprüfbar, Sigi Binder,...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

GRin. **Bauer:** SPF-Stunden, von denen rede ich jetzt, um 171 Stunden auf Grund des Schülerrückgangs, das heißt aber nicht, dass wir in Graz weniger Bedarf haben, sondern in Wien wird einfach der Schlüssel drübergestülpt. Wir haben natürlich ein ganz ein anderes Problem und das gilt es zu beheben. Zweitens haben wir ein Problem, dass das SprachlehrerInnenkontingent auch aus dem sonderpädagogischen Förderbedarfskontingent entnommen wird, das heißt, es ist nochmals schmälern. Drittens haben wir in Graz das Problem, das wir nur Ellen Key, gewisse Sonderschulen haben wie Rosenhain, wie Hirtenkloster, die natürlich einen erhöhten Bedarf haben an Kontingent, jetzt wird da einmal das Kontingent

abgedeckt, das geht aber wieder zu Lasten der anderen Schulen und das ist eigentlich das Hauptproblem in Graz, um das Ganze jetzt einmal wirklich sachlich zu gestalten. Was das interkulturelle Problem anbelangt, hat eigentlich der Herr Stadtrat relativ gut gesagt, und das haben wir auch das letzte Mal bis zum Detail diskutiert, es ist weniger geworden das Kontingent auf Grund der Sprachförderkurse, weil Kinder, die einen Sprachförderkurs erhalten haben, nur ein Jahr außerordentlich sind und dann 0,15 Prozent nur mehr erhalten und da fährt die Eisenbahn drüber und es gibt keine andere Information, Sigi Binder, alles andere ist nicht richtig, es ist so (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Herr Stadtrat Miedl! Es nervt mich immer, wenn ich höre, dass Migranten ein Problem sind. Ich denke, wir müssen hier in diesem Haus bei der Wortwahl ein bisschen vorsichtig sein, Migranten sind nicht Problem, sie haben andere Bedürfnisse und wir müssen auf das eingehen und es kann immer andere Bedürfnisse auftauchen und ich bin auch sehr oft in den Schulen und die österreichischen Kinder haben auch andere Bedürfnisse. Bitte, als Schulstadtrat, was Sie sagen, müssen Sie aufpassen, Migrantenkinder sind kein Problem für diese Gesellschaft (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Uli, du hast Recht, was die Stundenkürzungen betrifft für sonderpädagogischen Förderbedarf; in den Hauptschulen wird nur mehr in ganz, ganz seltenen Fällen dieser sonderpädagogische Förderbedarf überhaupt gegeben an Kinder, die es brauchen und in ganz besonders wenigen Fällen, wenn es um Verhaltensschwierigkeiten geht, die einzelne Kinder haben. Diese Stundenkürzungen sind in den letzten Regierungsperioden, in den letzten zwei, durchgeführt worden. Da hätte ich mir gewünscht, dass es einen Aufschrei gegeben hätte von euch, denn die sind unter der Ministerin Gehrler drastisch gekürzt worden, das ist das eine. Das andere zu diesen sogenannten IKL-Geschichten, ich habe es schon ein paar Mal gesagt und es muss ja auch in den Protokollen schon festgehalten sein, Außerordentliche SchülerInnen gibt es nicht nur ein Jahr sondern sie haben auch

das Recht, noch ein zweites Jahr außerordentlich zu sein. Aber ich will jetzt nicht ins Detail gehen, das ist für mich wichtig dieses Detailwissen, aber nicht unbedingt für Sie. Was ich aber zu den Kontingenten sagen möchte, ist, Uli, es ist, glaube ich, zu wenig hier nicht auch wirklich Zahlen, konkrete Zahlen zu nennen. Ich gebe ein Beispiel, als der Jugoslawienkrieg, dieser unselige Jugoslawienkrieg, ausgebrochen ist und wir viele, viele tausend Flüchtlinge bekommen haben und wir sie auch sehr großzügig, Gott sei Dank, aufgenommen haben, da bekam ich für jede Schülerin und jeden Schüler, der ohne eine Kenntnis von Deutsch gekommen ist, eine Stunde. Und genau das sind die Zahlen, wo ich sage, da konnte ich auch viel weiterbringen, die Kinder haben nach einem Jahr mit dieser Fülle an Förderung konnten sie ordentliche SchülerInnen werden, viele von denen haben studiert in Österreich, einen ganz guten Weg gemacht. Einige Jahre später, und zwar nicht unter roter Regierung, sind diese Stunden dermaßen gekürzt worden auf 0,15 für ordentliche Kinder und gleichzeitig diskutieren wir in der Gesellschaft, aber auch da herinnen über die Notwendigkeit von Integration und das ein wichtiger Schritt, eben die Beherrschung der deutschen Sprache und wir kürzen diese Stunden in unverantwortlicher Weise. Also so geht es nicht und darum finde ich es gut, dass hier drinnen wirklich konkrete Zahlen sind, die sind nicht aus den Fingern gesaugt, sondern diese Zahlen hat es schon gegeben und da wollen wir zurück, weil wir gute Erfahrungen damit gemacht haben.

GRin. Mag. **Fluch**: Wir diskutieren heute die Frage auf einem anderen Niveau, ich bin froh darüber. Irgendwie kommen wir inhaltlich doch nicht zusammen und das tut mir eigentlich leid. Ich bin keine sonderliche Freundin von Petitionen an andere Gebietskörperschaften, in diesem Fall ist es notwendig. Mir wäre es weiters lieber gewesen, wenn wir diese Frage wirklich abseits eines dringlichen Antrages in Ruhe diskutieren hätten können. Zum Beispiel auch im gemeinsamen Schulausschuss, denn wir wollen was Ähnliches, wir wollen was Ähnliches, wir wollen, dass einfach die Stundenkontingente erhöht werden. Ihr sagt, erreichen kann man nur was, wenn man Zahlen festschreibt und wir sagen, es ist ganz gefährlich, wenn man Zahlen festschreibt, die dann österreichweit gelten und man nicht hinschaut, dass man vielleicht in Graz einen anderen Bedarf hat. Deswegen kommen wir in dieser Frage

nicht zusammen, obwohl wir eigentlich das Gleiche wollen. Mir tut das leid, ich merke irgendwo, das Anliegen teilen wir, aber solche Dinge brauchen dann halt wirklich beim Ausdiskutieren ein bisschen Zeit. Ich vertraue eigentlich darauf, dass unser Schulstadtrat dann sich auch bemühen wird, dass man in den entsprechenden Gremien die Geschichte vielleicht noch einmal ansprechen kann und wirklich in Ruhe ausdiskutieren kann, dafür ist sozusagen bei einem dringlichen Antrag dann oft die Zeit nicht genug und das tut mir eigentlich leid (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer:** Was ich absolut nicht verstehe, liebe Sigi, ist dann, wenn du sagst, man soll keine konkreten Zahlen nennen. In den letzten Jahren hat sich soviel verändert und es ist weniger geworden, vielleicht wird es wieder mehr. Warum man dann konkrete Zahlen reinschreiben muss in den Zusatzantrag, warum lässt man es nicht offen, ist für mich weit sinnvoller, wenn ich es offen lasse, es könnte ja auch noch besser sein oder irgendeine andere Möglichkeit entstehen, als dass ich konkrete Zahlen als Aufhänger nehme und mich damit festlege, das verstehe ich jetzt wirklich nicht (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Vielleicht jetzt ein für alle Mal gleich klarzustellen. So wie die Frau Gemeinderätin den Antrag formuliert hat, ist es ein Abänderungsantrag und das, wofür sie wirbt, ist, dass, wenn wir wissen, dass die 3,5 nicht reichen, dass wir hineinschreiben, dass es sich nach dem tatsächlichen Bedarf orientieren soll. Das war jetzt der Vorschlag bei diesem Abänderungsantrag.

GRin. **Felbinger:** Ja, ich verstehe es in erster Linie nicht wirklich, wenn es um titulierte Zusatzanträge geht oder in weitere Folge dann auch um Abänderungsanträge, warum es an unsere Fraktion eher spurlos vorbeigeht, wir wirklich während der Gemeinderatssitzung mit der Problematik konfrontiert werden, damit bin ich dann schon mitten drinnen, was spricht dagegen, sich gemeinsam

hinzusetzen und eine Formulierung zu finden mit, ich weiß nicht, mindestens 3,5 Prozent, aber eben auch der bedarfsgerechten Zuteilung, verstehe ich nicht (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das war genau das, was ich gerade versucht habe zu erklären, was spricht eigentlich dann dagegen? Wir haben dasselbe Ziel, nur sollte man nicht an einer Zahl unter Umständen hängen bleiben.

StR. **Miedl**: Genau, Frau Kollegin, das ist der Punkt. Egal, ob ich jetzt IKL oder den sonderpädagogischen Förderbedarf, Frau Kollegin Nuray, wir müssen in der Wortwahl aufpassen. Das Problem, das besteht, ist ja kein Problem mit den Kindern, sondern ganz alleine das Problem, dass wir versuchen müssen, den Kindern jene Zuwendung zu geben, dass sie dem Unterricht so folgen können wie alle anderen Kinder auch und das wollte ich als Problem titulierte wissen, nichts anderes. Man kennt mich in der Zwischenzeit gut genug als dass ich da sehr genau unterscheiden kann. Aber ich sage es jetzt sehr versöhnlich in Ihre Richtung, wir haben neben dem Problem des sonderpädagogischen Förderbedarfs haben wir das Problem, dass wir unseren Kindern kulturelles Lernen einschließlich der Sprache vermitteln sollten und ich denke, da geht es um Ressourcen und wenn jetzt innerhalb eines Bundeslandes die Ressourcen ungleich verteilt werden, meine Damen und Herren, wenn Bezirke, die kaum ein Problem haben, die gleichen Stunden kriegen wie Bezirke, die ein großes Problem haben, dann ist das ungerecht, nicht mir gegenüber, Frau Kollegin, sondern es ist ungerecht den Kindern gegenüber, die weniger Zuwendung in diesem Bereich erfahren dürfen und daher werben wir für einen Zusatzantrag, einen Abänderungsantrag, der genau diese Ungerechtigkeit weitestgehend abschaffen kann. Mir ist vollkommen bewusst, dass auch die Frau Landesrätin Vollath nicht Wunder wirken kann, aber wir sollten wirklich uns bemühen, dass die Zuteilung so optimal als möglich ist, deswegen hat die ÖVP-Fraktion darauf verzichtet, eine Zahl hineinzuschreiben, aber ich denke nur, dass es vernünftig wäre, die Zahl höher als 3,5 anzusetzen, weil der wirkliche Bedarf, der errechnet wurde, auch nicht von mir,

sondern vom Stadtschulamt, bei 6,9 % in dieser Stadt liegt. Und das ist das Problem, wo ich sage, da müssen wir gerecht verteilen und darum möchte ich werben. Ich bitte nochmals, dass man diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, die Frau Gemeinderätin Meißlitzer wird das jetzt so formulieren, dass wir diesen Abänderungsantrag gar nicht mehr brauchen. So, dann haben wir uns geeinigt auf ein Wort.

GRin. **Meißlitzer**: Also ich freue mich, dass wir auch in Zeiten wie diesen doch Einigung im Sinne unserer Schulkinder und auch im Sinne unserer Lehrerinnen und Lehrer finden. Beim ersten Punkt heißt es dann: Für die Kontingentvergabe für den sonderpädagogischen Förderbedarf von 2,7 Prozent auf mindestens 3,5 Prozent zu erhöhen. Ich denke mir, es ist einfach sehr viel diskutiert worden. Danke, Kollegin Fluch und ich glaube einfach, dass wir einfach auf der Ebene und mit der Basis viele Dinge gemeinsam in dem Haus weiterbringen können für die Grazerinnen und Grazer. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

6) Frauen und Arbeitsmarkt

GRin. **Edlinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Edlinger:** Werte Damen und Herren, werte Kolleginnen, Kollegen! Mein dringlicher Antrag befasst sich mit der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Grundsätzlich ist es so, die Beschäftigungsstatistik unselbständig Erwerbstätiger weist mit Ende Oktober für Graz und Graz-Umgebung ein Wachstum von rund 4,91% auf und die Frauen haben dabei mit einem Plus von rund 4,3% leicht stärker zugelegt.

Bei der Arbeitslosenrate, auf den ersten Blick hingeschaut, haben wir bei den Frauen eine „bessere“ Entwicklung, denn bei den Frauen zeigt sich eine leichte Stagnation bei den Steigerungsraten; die Männerarbeitslosigkeit nimmt im Großraum Graz aktuell zu.

Diese Entwicklung scheint auf den ersten Blick sehr erfreulich, dennoch ist die Situation nicht befriedigend. Wir müssen genauer hinter diese Zahlen schauen: In Wahrheit nimmt die Zahl der Arbeitsverhältnisse der Frauen lediglich bei den Teilzeitstellen zum größten Teil zu, das Beschäftigungsvolumen nimmt sogar in Summe ab. Die Folge sind geringes Einkommen, Dequalifizierungsprozesse, weniger Aufstiegschancen, prekäre Lebensumstände, „working poor“, finanzielle Abhängigkeit vom männlichen Partner bis hin zur späteren schlechteren Absicherung in der Pension.

Es gibt dann auch noch bestimmte Gruppen von Frauen, wo sich deren Arbeitsmarktsituation im Vergleich zum Vorjahr dramatisch verschlechtert hat, ich fasse es nur kurz zusammen: schlecht qualifizierte arbeitslose Frauen haben hohe Steigerungsraten. Arbeitslose Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen, arbeitslose MigrantInnen und auch die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt bei den Frauen zu.

Es existieren aktuell in der Stadt Graz bereits verschiedene arbeitsmarktpolitische Projekte, welche aus verschiedenen Ressorts gefördert werden. Einige dieser Projekte streben explizit die Erhöhung von Arbeitsmarktchancen von Frauen an. Ich erwähne hier an dieser Stelle nur gefördert über das Frauenreferat Nowa, ZIB, Zurück in den Beruf, Frauenservice, Mafalda etc., es gibt dann noch „Early Bird“ als Lehrlingsinitiative aus dem Wirtschaftsressorts gefördert.

Auf Grund der Arbeitsmarktsituation, wie sie sich für Frauen darstellt, sind wir jedoch aufgefordert, quer durch die verschiedenen Ressorts eine breite Auseinandersetzung darüber zu führen, welche Initiativen und Projekte die Stadt Graz als Kommune

zusätzlich in Angriff nehmen und unterstützen soll, um die Chancen für Frauen zu erhöhen.

Nach den Gemeinderatswahlen werden – von welchen Parteien dann auch immer - Verhandlungen über ein Arbeitsübereinkommen geführt für die nächste Gemeinderatsperiode und es ist daher sinnvoll, bereits jetzt eine ämterübergreifende Projektgruppe einzusetzen, die erarbeitet, welche Maßnahmen die Stadt in einem Selbstverständnis, in einer Rolle als aktive Akteurin einer kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik setzen kann und soll, um die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation von Frauen zu verbessern. Dabei sollen – in Absprache und Kooperation mit Arbeitsmarktservice, dem Land Steiermark, Kammern und SozialpartnerInnen, NGOs und privaten TrägerInnen sowie dem Landesschulrat – die verschiedenen Aspekte derzeitiger Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt durchleuchtet und Vorschläge für notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen und Möglichkeiten von Frauen abgeleitet werden (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Ich habe dann in meinem dringlichen Antrag mögliche Projekte leicht skizziert, die insbesondere in dieser Arbeitsgruppe geprüft werden sollen. Ich möchte das jetzt nicht alles im Detail vorlesen, nachdem der dringliche Anträge ja schon gestern an alle Gemeinderatsfraktionen ergangen ist und alle großes Interesse an der Arbeitsmarktsituation von Frauen in Graz haben werden und sich das auch durchgelesen haben werden, brauche ich das, glaube ich, jetzt nicht im Detail vorlesen. Ich nenne sie nur vom Titel her:

Kommunale Frauen-Beschäftigungsgesellschaft, Scouts für weibliche Lehrlinge, Moderne Arbeitszeit schafft Arbeit und Chancen im Sinne von Beratung, Kommunale Arbeitsstiftung für Frauen überlegen, dann den Bereich Frauen und Qualifikation sich anschauen, inwiefern hier ein eigenes Bildungsprogramm, ein zusätzliches, ein erweitertes Sinn macht, dann natürlich dann den Aspekt der Kinderbetreuung, wie schaut es aus mit Möglichkeiten Betriebskindergärten, jetzt auch in der innovativen Form, wie sie von Landesrätin Vollath unterstützt wird, dass eine Tagesmutter oder Tagesvater vor Ort in der Firma Kinder von Beschäftigten betreuen kann. Aber auch der Aspekt von Frauen und Mobilität ist hier angesprochen, weil natürlich gerade für

Teilzeitarbeitskräfte die gleichen Wegkosten entstehen zur Arbeit und wieder retour, aber sie haben nur den halben oder noch weniger Lohn.

Darüber hinaus sind im Antrag noch aufgelistet verschiedene weitere Möglichkeiten, wo die Stadt aktiv werden könnte (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, das ist natürlich sehr angenehm zu später Stunde, wir sind ja nur mehr zu zweit hier auf der Regierungsbank sich eigentlich einer Unterhaltung hinzugeben, ich denke, dass dieses Thema auch ein sehr wichtiges ist und ich bitte, wirklich auch zuzuhören, was die Frau Gemeinderätin Edlinger jetzt vortragt.

GRin. **Edlinger**: Also aufgelistet ist auch noch, dass wir uns damit beschäftigen müssen, wie es gelingt, Frauen und Mädchen einen noch besseren Zugang zu nicht traditionellen Berufen zu verschaffen, zum Beispiel durch verstärkte Berufsorientierung oder auch Praktika, die wir im Magistrat anbieten. Die Verbesserung der Situation von Migrantinnen sollte uns ein Anliegen sein, aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung ist es sicherlich möglich, diese dahingehend zu überprüfen, inwiefern Anreize für Frauenförderungsmaßnahmen hier im Sinne der Wirtschaftsförderungsrichtlinien inkludiert werden könnten und ein letzter Aspekt ist mir auch noch ein großes Anliegen, nämlich wir hatten ja ein sehr umfassendes Projekt, Equal-Projekt „POP UP GeM“ wo sehr gute Projekte und Angebote durchgeführt wurden, POP UP GeM, die Equal-Förderschiene ist ausgelaufen und wir sind, denke ich, als Stadt Graz gut beraten, wenn wir uns darum bemühen, dass einfach das Know-how, das im Rahmen von POP UP GeM aufgebaut wurde, auch weiterhin sichern und auch Angebote, die uns als erfolgreich erschienen sind, weiterhin zur Verfügung stellen.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Eine ämterübergreifende Projektgruppe unter Koordinierungskompetenz der Magistratsdirektion ist einzusetzen. Diese soll gemäß Motivenbericht erarbeiten, welche Maßnahmen die Stadt Graz im Selbstverständnis als aktive Akteurin einer kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik noch zusätzlich setzen kann, um die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation von Frauen zu verbessern.

Dabei sollen – in Kooperation mit AMS, Land Steiermark, Kammern und SozialpartnerInnen, NGOs und privaten TrägerInnen sowie mit dem Landesschulrat – die verschiedenen Aspekte derzeitiger Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt durchleuchtet und Vorschläge für notwendige Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Chancen und Möglichkeiten von Frauen abgeleitet werden.

Erste Ergebnisse sollen bereits im Februar 2008 vorliegen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Stein-Smola:** Wir gehen mit der Dringlichkeit mit, obwohl wir uns schon sehr fragen müssen, was das zuständige Frauenreferat die letzte Periode gemacht hat für dieses wichtige Thema. Bis jetzt hat es Sachen gegeben wie der Rote Salon, Stadtspaziergänge, Frauenlauf, Gesundheitstage, Radfahrkurse für MigrantInnen, Tanzkurse wie Bauchtanz, Salsa, also darum freuen wir uns sehr, dass diese Projektgruppe ins Leben gerufen wird und vor allem auch, dass diese Zuständigkeit an die Magistratsdirektion weitergegeben wird.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Zwischenruf GR. Herper: Sissi und der wilde Antrag.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Vizebürgermeister! Selbstverständlich gehen wir bei dem Antrag mit, wo es immer um das Wohl von Frauen und Familien geht, sind wir dabei. Es ist aber etwas verwunderlich, dass nach dem dringlichen Antrag betreffend die Familienkarte, Family-Card jetzt wieder ein Themenpaket serviert wird, das am Ende einer Arbeitsperiode des Gemeinderates von der Fraktion, die die zuständige Stadträtin stellt, das wird doch wohl keine Bankrotterklärung sein. Inhaltlich ist vieles drinnen in dem Antrag, das uns sehr gut gefällt, es sind sogar die Tagesmütter erwähnt, also eine wichtige Ergänzung zum bestehenden Kinderbetreuungsangebot.

Zwischenruf GR. Herper: So sind wir.

GRin. **Potzinger**: Wir haben sehr gut in dieser Periode zusammengearbeitet, wenn es um Frauenförderung konkret gegangen ist, gerade um Förderung von Erwerbsarbeit von Frauen, ich denke an Nowa, wo Graz und Graz-Umgebung wirklich in einstündigen Beschlüssen, und hier möchte ich dankbar erwähnen, unter der Leitung von Frau Stadträtin Kaltenbeck sehr viel zustande gebracht haben, dieses Flaggschiff der Frauenerwerbsarbeitsförderung ist ja jetzt prominent situiert am Jakominiplatz. Es können sich alle anschauen, was es dort für eine Leistungsbilanz gibt. Ein wichtiges Thema, an dem wir weiter dranbleiben, und selbstverständlich stimmen wir dem zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kollegin Stein, offensichtlich wäre es auch möglich, dass Sissi Potzinger Sie drüber aufklärt, was das Frauenreferat und Frauenstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl alles getan hat, um die Beschäftigung und die Arbeitsmarktsituation von Frauen zu verbessern. Nowa hat Sissi Potzinger erwähnt, es ist wirklich ein Flaggschiff und ein ganz innovatives Projekt, aber darüber hinaus, ich habe es auch kurz angerissen in meinem Antrag, ZIB, Förderung an Firma Mafalda, POP UP GeM

und vieles mehr ist passiert, aber vielleicht liegt es daran, weil ich den Text, den Antrag doch nicht wortwörtlich vorgelesen habe, ich wollte einfach ein bisschen zeitsparend vorgehen und da jetzt nicht vier Seiten vorlesen. Vielleicht ist es deswegen einfach überhört worden oder ist nicht so deutlich geworden, dass es in diesem Antrag halt um die Frage der ressortübergreifenden Auseinandersetzung mit dem Thema Frauen und Arbeitsmarkt geht, es geht eben nur, wenn alle Stadtregierungsmitglieder, die hier mitmachen und mit unterstützen können und deren Ämter auch dabei sind und es steht im Antrag auch drinnen, was noch getan werden kann. Also insofern hoffe ich, dass damit alle Irritationen oder Missverständnisse ausgeräumt sind und freue mich auch über die Unterstützung, die dieser Antrag offensichtlich erfahren wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Petition an den Bundesgesetzgeber – Volksabstimmung über den EU-Vertrag von Lissabon

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht wieder um eine Petition, Petition an den Bundesgesetzgeber. Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages soll nun in Lissabon ein Reformvertrag beschlossen werden, Verfassung traut man ihn nicht mehr zu nennen, der wesentliche Bestimmungen der Verfassung von einst übernimmt. Wesentliche Kritikpunkte, wie eine Verpflichtung zur Aufrüstung, die Einführung einer „Verteidigungsagentur“, zur Ankurbelung der Aufrüstung, eine militärische Beistandsverpflichtung oder die Sicherstellung eines „Binnenmarktes mit freiem und unverfälschten Wettbewerb“ und damit auch die Unterordnung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter die Interessen eines gewinnorientierten Marktes sind auch weiterhin Teil des neuen EU-Reformvertrages oder beigefügter Protokolle.

Die Inhalte des EU-Reformvertrages haben wesentliche Auswirkungen auf unsere Neutralität und die Lebensbedingungen der Menschen unseres Landes. Auch die Gemeinden sind davon betroffen. Die Österreicherinnen und Österreicher müssen daher das Recht haben ja oder nein zu diesem EU-Vertrag zu sagen. Die Abhaltung einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag ist daher ein Gebot der Demokratie.

Die Ablehnung einer Volksabstimmung durch die Regierung hat scharfe Kritik in der Öffentlichkeit ausgelöst. So treten der oberösterreichische SPÖ-Vorsitzende Erich Haider oder der ehemalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk für ein Referendum ein. Der Herausgeber der Zeitschrift „Profil“, Christian Rainer, stellt in einem Leitartikel in der Ausgabe vom 12. November 2007 wörtlich fest: „Die europäischen Regierungen stellen sich in einer zentralen Frage diametral gegen den Wunsch ihrer Wähler. SPÖ und ÖVP sagen nein, obwohl manifest ist, dass die Österreicher selber entscheiden wollen. Ein flächendeckender Putsch der Politiker gegen den Volkswillen? Irgendwie schon, meint „Christian Rainer und er betont, nachdem er die Argumente der Regierung gegen ein Referendum entkräftet hat: „Für große, umstrittene und nicht umkehrbare Entscheidungen schlägt die österreichische Bundesverfassung nicht ohne Grund Instrumente der direkten Demokratie vor.“

Die im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien haben unterschiedliche Positionen zur Rolle, Bedeutung und Entwicklung der EU. Es wäre ein Signal im Interesse der Bevölkerung, wenn wir uns gemeinsam zu einer Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag bekennen könnten.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g :

Angesichts der grundsätzlichen und weit reichenden Bedeutung des EU-Vertrages, der am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet werden soll, tritt der Gemeinderat von Graz für eine breite öffentliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung über den Inhalt des Vertrages ein und fordert daher den

österreichischen Nationalrat auf, den Vertrag von Lissabon einer Volksabstimmung zu unterziehen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist uns allen klar, dass die Europäische Union der 27 Mitglieder verbindliche Spielregeln braucht, um sich zu organisieren und handlungsfähig zu sein. Um auf die Probleme der heutigen Zeit entsprechend reagieren und auch agieren zu können im internationalen globalen Wettstreit. Es geht um Klimawandel, es geht um internationale Kriminalität, es geht um viele andere grenzüberschreitende Fragen, die gelöst werden müssen und das geht eben nur in einem Vertragskonstrukt, das alle 27 Mitglieder verbindlich zu gemeinsamem Handeln bringt. Ich denke, meine KollegInnen von der KPÖ-Fraktion, in einer globalisierten Welt geht es ja auch um Spielregeln, nachdem ja Wirtschaft und Kapital international arbeitet, wie ihr immer richtigerweise formuliert, dass es einen rechtlichen Rahmen geben muss und es kann nur einen gemeinsamen europäischen Rahmen geben, um Globalisierung zu gestalten, das kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn man nicht riskieren will, dass die Interessen der Menschen als ArbeitnehmerInnen, als KonsumentInnen unter die Räder kommen sollen. Die neue Vertragsgrundlage, die im Dezember von den Regierungen zu beschließen sein werden, soll diese Handlungsfähigkeit bewahren. Ich teile aber Ihre/eure Auffassung, dass es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die zukünftige Entwicklung der EU geben muss, da der Prozess der EU-Vertragsreform ja nur dann intensiv begleitet werden kann, wenn man auch inhaltlich sich damit auseinandersetzt. Eine Volksabstimmung wie ihr und die freiheitliche Partei oder das BZÖ es fordern, ist ja nur dann nach der österreichischen Verfassung zwingend vorgesehen, wenn es sich bei einer Vertragsänderung um Eingriffe in die grundlegenden Bauprinzipien der Österreichischen Bundesverfassung handelt. Das war damals nicht der Fall, als wir beigetreten sind, und es ist jetzt nicht der Fall. Auch die jetzt im Rahmen der Regierungskonferenz diskutierte Vertragsreform ist aus meiner Sicht kein Eingriff in die grundlegenden Bauprinzipien der österreichischen Bundesverfassung. Und die Hinweise, die du gegeben hast, stimmen so auch nicht, so sieht der Vertragsentwurf keine militärische Beistandsverpflichtung, sondern lediglich

Solidaritätsverpflichtungen bei Umweltkatastrophen vor. Nach wie vor, und das halte ich persönlich für sehr, sehr wesentlich, Kollege Andreas Fabisch, ist die Einstimmigkeit für alle europäischen Beschlüsse zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgesehen, es gibt also keinen Blick in Richtung Militarisierung und Natoisierung. Über die Teilnahme an Aktivitäten im Rahmen des Krisenmanagements wird nach wie vor, auch in Zukunft, national und souverän zu entscheiden sein. Was die Absicherung öffentlicher Dienstleistungen betrifft und das ist, glaube ich, auch ein wesentlicher Punkt für eine Kommune und für unser Selbstverständnis, wurde im letzten Europäischen Rat mit Unterstützung auch der österreichischen Bundesregierung Konsens darüber erzielt in einem zusätzlich verankerten Protokoll zur Absicherung öffentlicher Dienstleistungen. Positiv zu bewerten ist aber auch, dass es durchaus auch auf europäischer Ebene Veränderungen gibt, die als positiv zu bewerten sind, nämlich, das Europäische Parlament wird gestärkt und weiter aufgewertet, es entwickelt sich zu einem echten Zwei-Kammer-System. Das Europäische Parlament wird echt und mit Mehrheit künftig den Kommissionspräsidenten zu wählen haben, also es wird vorbei sein mit einem Kabinettpolitik wie noch Anno 1848. Die Europäischen Unionsbürger werden die Möglichkeit eines europäischen Volksbegehrens haben können und ich glaube, das ist auch wichtig, dass es auch grenzüberschreitend ein Gesetzgebungsverfahren die Bürgerinnen und Bürger Eu-Bürger einschreiten können. Es wird die Möglichkeit geben, und eine Fraktion hat es ja schon wahrgenommen im Hinblick auf die EU-Wahlen 2009, transnationale Listen in Vorschlag zu bringen. Und es wird auch, was vor allem wichtig ist, die EU-Kommission nach der Wahl 2009 um ein Drittel zu verkleinern sein, weil es geht auch darum, den Bürokratieaufbau von der Spitze an zu beginnen, nämlich Sorge zu tragen, dass es nicht von jedem Mitgliedsland mehr in Zukunft einen Kommissar, eine Kommissarin geben wird. Und es wird auch entsprechende gleichberechtigte Rotationsmöglichkeiten geben. Ich glaube, diese innere Reform und diese äußere Reform sind wesentliche Schritte zu Verbesserung einer EU der 27, ich bitte nur all jene, die jetzt schon polemisieren, popularisierend mit Untergriffen gegen das Vertragswerk wettern, seriöserweise auf das Vorliegen der Regierungskonferenz zu warten. Was wir derzeit haben sind Entwürfe, sind Vertragsentwürfe, sind noch keine Entscheidungen und wir wissen, dass das Ganze erst dann beurteilt werden kann, seriöserweise, wenn die Ergebnisse am Tisch liegen der Regierungskonferenz im

Dezember. Wir werden diese aber auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, und wir sind ja nicht eine Insel in Graz, ich spreche damit auch für die erste Regierungspartei im Bund, wir werden auch die Ergebnisse mit großer Aufmerksamkeit und Genauigkeit zu prüfen wissen. Deswegen meine ich, wer heute, und es gibt Fraktionen und Parteien, die mit der Volksabstimmung wacheln, meinen ja nicht, dass sie ein Referendum wünschen. Dahinter steckt ja überhaupt das Nein zur Europäischen Union insgesamt und eine populistische Vorgangsweise, die eine durchaus berechnete kritische Stimmung in der Bevölkerung, die ich nicht abstreiten möchte, das Eurobarometer gibt uns das ja immer kund, eine kritische Stimmung in der Bevölkerung auf Grund von nach wie vor bestehenden Missständen und Unbehagen nutzt, um damit Stimmung gegen die Europäische Union insgesamt zu machen und um zu verleiten, allein wieder den Weg zu gehen, anstatt gemeinsam den europäischen Weg zu gehen, der schließlich basiert auf so wesentlichen Einrichtungen wie den Menschenrechten, der Friedenssicherung und gemeinsamen Grundwerten, die wir in Europa gemeinsam zu verteidigen haben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Karl-Heinz! Wir werden natürlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Also ich bin ganz bestimmt keine vehemente EU-Gegnerin und ich finde das auch als eine Unterstellung zu sagen, so quasi man versteckt sich hinter der Möglichkeit eines Volksentscheides und in Wirklichkeit ist man dagegen, das ist absolut nicht so. Nur denke ich, wovor hat man denn Angst, es ist etwas faul in der EU, das wissen wir alle, dass die Dinge einfach nicht ok laufen und das spürt die Bevölkerung und wenn du sagst, wir brauchen einen Rahmen, ja selbstverständlich brauchen wir einen Rahmen, nur es muss ein Rahmen sein, der den Menschen, die in diesem Rahmen leben sollen, passt. Und das ist die Aufgabe, die vor allen Ländern steht und ich denke mir, wenn es ein Referendum gibt zu einem Vertragswerk, das man ordentlich kommuniziert, indem die Menschen es verstehen, in dem sie wissen, worum es geht, dann braucht man auch keine Angst haben vor einer Volksabstimmung. Wir haben auch über Dinge wie Atomkraft abgestimmt und es hat uns nicht weh getan, obwohl wir wissen, dass es so rund um uns diese Atomkraftwerke gibt. Es hat Länder

gegeben, wo eben der Volksentscheid negativ ausgegangen ist und meistens hat so etwas auch durchaus positive Effekte. Es führt dazu, dass sich dieser Moloch durchaus überlegt, wie komme ich besser über die Runden, wie komme ich eher an den Bürger heran und wenn wir haben wollen, dass die EU weiter sich so weit weg vom Bürger entwickelt und nicht akzeptiert wird, dann wird das Problem später auftreten. Also aus diesem Grund denken wir, dass man keine Angst vor einer Abstimmung, vor einer Befassung des Volkes, um die es im Endeffekt immer geht, haben sollte und wie gesagt, wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen.

GRin. **Binder:** Lieber Andreas, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen auch der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu. Ich möchte aber Folgendes sagen, auch zu dir, Karl-Heinz. Ich glaube, und da spreche ich für die Grünen, für meine Fraktion, wir brauchen die EU, wir gehören nicht zu jenen, die sagen, Volksabstimmung ja, weil wir uns dahinter verstecken wollen und sagen, wir wollen überhaupt keine EU. Ganz und gar nicht, wir brauchen die EU in vielen Bereichen, du hast sie genannt, in der sozialen Absicherung, in der Ökologie, wir brauchen die EU vor allem auch, was Demokratie betrifft, aber, und da sind wir jetzt, da unterscheiden wir uns. Was die wirtschaftlichen Fragen betrifft, was die Militarisierungsfrage betrifft, du kannst nicht hinwegsehen, dass es Battle-Corps gibt, du kannst nicht hinwegsehen, was der Auftrag der Battle-Corps jetzt ist, es werden die ersten Soldaten zu robusten Einsätzen geschickt, in den Tschad, heute sagen wir schon nicht mehr in kriegerische Auseinandersetzungen, sondern die EU hat hier einen neuen Begriff gefunden in der Hoffnung, dass diese Begriffe abschwächen, was wirklich dahintersteckt. Ich habe mir in meinem Leben immer gedacht, ich habe das historische Glück gehabt, in den Frieden hineingeboren zu werden und habe mir immer gedacht, nie brauche ich erleben, dass jemand von Österreich wirklich in kriegerische Auseinandersetzungen geschickt wird, jetzt ist es soweit und es tut mir politisch und es tut mir auch menschlich weh. Was den wirtschaftlichen Bereich betrifft, wir wissen als Kommune selber, und das ist auch hier schon mehrmals in dieser Gemeinderatsperiode diskutiert worden, wie eng das Korsett für die Kommunen geworden ist durch viele Verträge, ich nenne nur

Maastricht, das vieles einfach verunmöglicht oder wahnsinnig erschwert. Es ist ein neoliberales Konzept auch immer wieder angesprochen von der Tatjana und von euch, von uns, von mir. Ich denke, was bringt es, wenn wir jetzt fordern, es soll eine Volksabstimmung geben. Es bringt endlich eine öffentliche Diskussion, denn genau diese öffentliche Diskussion hat bis jetzt immer gefehlt, wohlweislich haben die großen Parteien versucht, der Bevölkerung ein X für ein Y vorzumachen und was in Frankreich passiert ist, als die Verfassung abgestimmt werden sollte, ist eh abgestimmt worden, es ist nur dagegen gestimmt worden, was in Frankreich geschah, war, dass sich hunderte Initiativen an der Basis gebildet haben, die mit dem Vertrag, den kriegt man ja, den kann man ja nachlesen, mit diesem Vertrag sind sie an die Menschen herangegangen und haben mit ihnen diskutiert. Und die Menschen haben gesagt, wenn das der Vertrag ist, dann stimmen wir nicht zu, der Reformvertrag hat eigentlich im Wesentlichen nichts verändert, es ist derselbe Vertrag, wie er vorgelegt wurde und daher sagen auch wir und unterstützen das sehr gerne, es gehört die Diskussion her und nach der Diskussion soll der Souverän entscheiden und der Souverän sind immer noch wir, wir das Volk, und dafür setzen wir uns auch ein und dafür gehört auch diese Volksabstimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Hoher Gemeinderat! Es ist sicher gut, über gute Einrichtungen auch immer wieder zu diskutieren, sie zu hinterfragen und über sie zu sprechen. Ich danke in dem Sinn auch dem Kollegen Fabisch, dass er seine Meinung, seine Beurteilung uns auch vorführt. Wenn es so wäre, wie Kollege Fabisch es darstellt, dann wären wir verpflichtet, eine Volksabstimmung in Österreich durchzuführen. Denn bei einer Gesamtänderung der Verfassung ist es erforderlich, was zu tun. Es ist aber, Gott sei Dank, nicht so. Wenn der Kollege Fabisch sagt, wir würden mit dem Entwurf des Reformvertrages, der jetzt vorliegt, eine Aufrüstungsverpflichtung auf uns nehmen, so stimmt das nicht. In jedem Einzelfall, Kollege Herper hat uns schon hingeführt, die Neutralität bleibt vollkommen unberührt und auch in dem Fall, den die Sigi Binder jetzt angesprochen hat, in jedem einzelnen Fall muss die Bundesregierung und das Parlament beschließen, wenn wir einen Auslandseinsatz zur Friedenssicherung machen. Unsere Souveränität ...

Zwischenruf GRin. Binder: Der Geist, der dahintersteht, ist es.

Dr. **Piffl-Percevic**: Der Geist gehört auch geschmiedet und geformt. Wir sind ein Mitglied der Europäischen Union, Sigi Binder, wir waren auch ein vorsitzführendes Land und wir haben auch in diesem Halbjahr, wo wir den Vorsitz geführt haben, uns vergewissern können, welcher Geist in dieser Europäischen Union herrscht und wir haben viele Meetings der Minister und der Räte hier in der Steiermark auch gehabt. Wir haben uns vergewissern können, und Gott sei Dank ist das, was manche der EU unterstellen, nicht so. Wenn die Maxie Uray-Frick davon spricht, dass etwas faul ist in der EU und auch das Wort Moloch in den Mund nimmt, so stimmt mich das schon nachdenklich. Aber bitte, wer von uns kann das in Abrede stellen, wo Menschen sind, braucht es auch Kontrolle, das ist dasselbe, wie wir einen Rechnungshof haben, die erste Stadt in Österreich, wie es einen Landesrechnungshof gibt, der erste in Österreich eines Bundeslandes, der jetzt das 25-Jahr-Jubiläum gefeiert hat. Die Europäische Union schärft auch, Gott sei Dank, ihre Instrumente und hat vorgestern einen Bericht vorgelegt, wo Handlungsbedarf ist. Wir müssen ständig an der Verbesserung des Systems arbeiten und nichts anderes ist dieser Vorschlag, der jetzt in Lissabon uns in der vorliegenden Form ausgearbeitet vorliegt. Zu dem, Sigi Binder hat ja sehr wohl gelobt die sozialen, ökologischen und die demokratiepolitischen Verbesserungen, Herper hat sie auch im Einzelfall aufgezählt, ich brauche daher darauf gar nicht eingehen was mir auch wesentlich vorschwebt und so zu beurteilen ist, ist erstmals ein europäischer Grundrechtekatalog. Wir bekennen uns erstmals, Gott sei Dank reden wir immer mehr von den gemeinsamen Werten, von der Wertegemeinschaft, jetzt haben wir sie in Form einer Charta auch vorbildlich verbrieft und nicht nur das, es kann auch jeder, der sich verletzt erachtet, an den Europäischen Gerichtshof herantreten. Das ist alles Inhalt dieses Reformvorschlages. Bitte wo gibt es hier Bedenken oder Entwicklungen in eine falsche Richtung? Es ist das Subsidiaritätsprinzip und die Verhältnismäßigkeit klar zu Prinzipien erhoben in dem Zusammenhang. Auch im Vorfeld konnten wir hören die Daseinsvorsorge und das führst du auch an, lieber Kollege Fabisch, mit der wäre sozusagen ein Abmelden Richtung Brüssel gegeben. Das Gegenteil davon ist in diesem Vertragsentwurf der Fall. Die Daseinsvorsorge wird ausdrücklich in die

Verantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten gestellt inklusive deren Organisation und Finanzierung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ein vorbildlicher Vorgang, der genau das Gegenteil ist von dem, was angstvoll an die Wand gemalt wird von vielen und zwar vor allem von jenen, die die EU per se ablehnen. Ich glaube, ein Großteil, ich unterstelle es nicht allen, aber einem Großteil derer, die jetzt vehementest für eine Volksabstimmung eintreten, sollten lieber ehrlicher sein, sie sollten klar sagen, sie lehnen die EU ab, dann wären sie ehrlicher, dann wüssten wir gleich, woran wir sind. Dieser Reformvorschlag ist ein in Summe demokratischer werdender Apparat, an dem wir mitarbeiten. Ich möchte auch ausdrücklich hervorheben zu einem wichtigen Thema, das uns auch tagtäglich befasst. Das ist die Beitrittsmöglichkeit weiterer Länder, wir wissen, mit der Türkei wird verhandelt, mit unserem Nachbarn Kroatien wird verhandelt. Es wird in diesem Reformvertrag auf die Erfahrungen, die wir in den letzten Monaten und Jahren haben, schon aufgebaut und reagiert. Ausdrücklich ist in diesem Papier erstmals das, was wir uns politisch erkämpft haben auch aus Österreich klar enthalten, dass nur ein zusätzliches Land beitreten kann, das diese Werte nicht nur achtet, sondern auch nachweislich aktiv fördert. Was ist da abzulehnen und mit Bedenken behaftet? Es ist und wir können mit Stolz darauf sagen, dass unsere staatlichen Vertreter, unsere gewählten Vertreter, die zusammen mit der Beamtenschaft der jeweiligen Ministerien in Brüssel und an anderen Orten verhandeln, Gott sei Dank, die Sorgen der Bürger der EU sehr ernst nehmen und in diesem Papier ist rundum auf diese Sorgen und auf die Beseitigung von Schwachstellen Rücksicht genommen worden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch jetzt bei diesem fortschrittlichen Verhandlungsergebnis, das uns weiterbringt, derselbe Weg wie bei vergangenen Novellierungen der EU-Verträge gewählt wurde, wenn ich daran denke, dass sogar der weitergehende Verfassungsvorschlag, der in Frankreich und in Niederlanden abgelehnt wurde, vom österreichischen Nationalrat mit 181 Pro- und einer einzigen Gegenstimme angenommen wurde und dieser Vertrag, der wesentlich weniger weit geht und weit entfernt ist von einer Gesamtänderung der österreichischen Verfassung daher auch so behandelt werden wird, nämlich ohne zwingende Volksabstimmung mit einer breiten Mehrheit im Nationalrat, wahrscheinlich beschlossen werden wir, diese Mehrheit unterstützen wir und wir sind daher auch dafür, dass dem Antrag vom Kollegen Fabisch die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird und so vorgegangen wird, wie beabsichtigt. Ich gebe gerne dem Kollegen Fabisch mein Informationsmaterial weiter,

das ich bei meinem Besuch in Wien am Nationalfeiertag im Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sozusagen ausfassen durfte, eine Kurzfassung des Vertrages und eine sehr bildlich nachvollziehbare Information über die einzelnen Bereiche, Kollege Fabisch, wir sind daher argumentationsfähig, ich ersuche um Zustimmung zu der Vorgangsweise der Sozialdemokraten und der ÖVP in diesem Gemeinderat. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

GR. **Fabisch:** Lieber Peter, wir haben ja schon am Donnerstag über die EU diskutiert in der FH in charmanter Runde. Du hast mir eines nicht erklären können, wenn dieser Reformvertrag so großartig ist, warum wird er der österreichischen Bevölkerung nicht vorgelegt, warum können wir ihn nicht diskutieren, da brauchen wir Zeit dazu, und darüber abstimmen, ob wir ihn wollen oder nicht. Ja, ich glaube, wir brauchen in der EU sicher einen rechtlichen Rahmen, das kann ich mir gut vorstellen, obwohl die Position der KPÖ bezüglich der EU klar ist, dieser rechtliche Rahmen wird kommen, das nehme ich an, die Frage ist nur, müssen es diese Inhalte sein in dieser Form und da sind wir überzeugt, dem ist nicht der Fall. Lieber Karl-Heinz, die Abstimmung 1994 war natürlich notwendig, ich weiß jetzt nicht, ob du dich jetzt versprochen hast oder ob du das ernst gemeint hast, die Bauprinzipien sind erheblich verletzt worden, das föderale und das demokratische Prinzip sind entscheidend einem Eingriff unterzogen worden, ich bin auch der Meinung, dass nicht alles abzulehnen ist, was die EU bringt, das habe ich nie behauptet. Die EU als Ganzes lehnt die KPÖ ab, jawohl, das war vor der Abstimmung so und wird auch so bleiben. Information ist die Grundlage für eine selbstbestimmte Entscheidung, habe ich heute am Vormittag im Stiegenaufgang gelesen und habe mich sehr gefreut, dass auch das Bürgermeisteramt jetzt diese Volksabstimmung befürwortet, ich habe mich getäuscht, es ging um Mammographie und nicht um den EU-Reformvertrag, beides dient aus meiner Sicht der Gesundheit. Der Gesundheit im politischen Bereich würde hier eine Vorgangsweise dienen, die einfach zu mehr Verständnis in der österreichischen Bevölkerung führen würde. Der Reformvertrag Artikel 27, Abs. 7, EU-Vertrag, beinhaltet eine Beistandsverpflichtung, welche die EU zu einem Verteidigungsbündnis macht. Sie ist unvereinbar mit der Neutralität und dem Neutralitätsverfassungsgesetz. Wo bleibt dann Österreichs Rolle als neutraler

Diplomat in Krisenzeiten? ÖVP und SPÖ haben immer zugesichert, dass die Neutralität nur durch eine Volksabstimmung abgeschafft werden kann, wenn der Reformvertrag so gut ist, warum können wir ihn nicht diskutieren, warum können wir nicht darüber abstimmen, zumindest über die kritischen Punkte, vielleicht noch eine Korrektur erreichen. Die Förderung und die Bevorzugung der Atomindustrie soll an der atomkritischen österreichischen Bevölkerung vorbeigemogelt werden. Im Reformvertrag wird der Eurotomvertrag einzementiert, darum bin ich auch, das sage ich ganz ehrlich, über die grüne Fraktion im Nationalrat etwas enttäuscht. Ich habe eigentlich keine Argumente gehört, außer Schönreden habe ich keine Argumente gehört, warum man nicht diese von uns vorgeschlagene Vorgangsweise wählen soll. Die EU hat aus unserer Sicht Punkte gebracht, die Österreich davor nicht gekannt hat. Wir werden jetzt mit einer Gentechnik konfrontiert, die Österreichs Qualität an Lebensmitteln sicher nicht gut tut. Wir werden mit Aufrüstungsverpflichtung konfrontiert, mit einem Sozialabbau, der daraus erfolgt und die Neutralität wird, wie bereits erwähnt, ausgehöhlt und dann entsorgt. Lieber Peter, liebe ÖVP, ich bin überzeugt, das betrifft auch die zweite große Regierungspartei in unserem Land, hätten wir diese Arbeitslosigkeit, die wir heute haben und wären wir nicht in der EU, dann wäre das der schreiendste Beweis, dafür einzutreten, aber wir sind in der EU und haben eine Arbeitslosigkeit von mindestens einer Viertelmillion, die Menschen, die sich in den Kursen befinden, sind natürlich genauso nicht im Arbeitsprozess. Noch einmal, das ist keine Abstimmung über die EU, es geht nur darum, dass Österreichs Bevölkerung informiert wird, was auf sie zukommt, dass sie die Möglichkeit hat, sich eine Meinung zu bilden, darüber diskutieren kann und dann abstimmen kann, ob sie dafür ist oder dagegen. Ich weiß nicht, wovor Sie sich fürchten, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Dringlichkeitsantrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Petition an den Steiermärkischen Landtag bezüglich extramuraler Versorgung und LEVO

GRin. **Felbinger** stellt namens der ÖVP, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um eine Petition an den Steiermärkischen Landtag bezüglich der extramuralen Versorgung und der LEVO aus dem Behindertenbereich. Der psychosoziale Versorgungsbereich in der Steiermark garantiert Menschen mit psychischen und psychosozialen Problemen, in deren Fall aktuell keine klinische Betreuung erforderlich ist, Begleitung und Betreuung an.

Im Bereich Wohnen gibt es verschiedenen Formen der Betreuungsmöglichkeiten, es kann in der eigenen Wohnung erfolgen, in betreuten Wohngemeinschaften oder in kleineren Wohnhäusern. Die Betreuungsformen sind breit gestreut, es wird sehr unterschiedlich und differenziert gearbeitet, weil eben die Problemstellung und der Hilfebedarf der betroffenen Menschen unterschiedlichst ausgeprägt ist.

Alle Leistungen, die angeboten werden, haben als langfristiges Ziel die Integration der betroffenen Menschen im Arbeitsbereich, in der Beschäftigung, in der Gesellschaft und in die soziale Gemeinschaft.

In der Steiermark ist dieser große Bereich im Behindertenbereich und in der zugehörigen Leistungs- und Entgeltverordnung geregelt (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Laut dem Psychiatriebericht 2006, der von der „Plattform Psyche“ erstellt wurde, gibt es die vom Land geforderten Modelle in der Wohnbetreuung. Problematisch ist aber, dass das Versorgungsangebot für die Betroffenen unzureichend ist.

Das ÖBIG, das ist das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen, zeigt den strukturellen Bedarf an benötigten Wohnplätzen in den steirischen Regionen an.

Ich habe meinem Antrag eine Tabelle beigefügt, dass Sie die Zahlen auch schwarz auf weiß haben, die Zahlen zeigen einfach deutlich, dass keine einzige Region in der Steiermark, die Empfehlungen des ÖBIG nur annähernd abdecken kann.

Tabelle:

Region	Bezirk	Einwohnerstand	Dienstposten	Plätze Ist	Plätze Soll (7/10000 Ew)	Plätze benötigt	Versorgungs- lage (%)
I	Liezen	82.235,0	0,00		57,6		
II	Judenburg	48.218,0	7,5	18,0	33,8	15,8	53,3
II	Knittelfeld	29.661,0	0,00		20,8		
II	Murau	31.472,0	0,00		22,0		
III	Bruck a.d. Mur	64.991,0	1,4	8,0	45,5	37,5	17,6
III	Leoben	67.767,0	0,66	5,0	47,4	42,4	10,5
III	Mürzzuschlag	42.943,0	0,00		30,1		
IV	Graz Stadt gesamt	226.244,0	16,2	49,0	158,4	109,4	30,9
IV	Graz Umgebung	131.304,0	0,00		91,9		
V	Hartberg	67.778,0	0,76	4,0	47,4	43,4	8,4

Region	Bezirk	Einwohnerstand	Dienstposten	Plätze Ist	Plätze Soll (7/10000 Ew)	Plätze benötigt	Versorgungs- lage (%)
V	Weiz	86.007,0	0,00		60,2		
VI	Feldbach	67.200,0	0,00		47,0		
VI	Fürstenfeld	23.001,0	0,00		16,1		
VI	Radkersburg	24.068,0	0,00		16,8		
VII	Deutschlandsberg	61.498,0	0,00		43,0		
VII	Leibnitz	75.328,0	1,7	10,0	52,7	42,7	19,0
VII	Voitsberg	53.588,0	0,48	7,0	37,5	30,5	18,7
	Steiermark GESAMT	1.183.303,0	28,8	91,0	828,3	737,3	11,0

Region	Einwohnerstand	Dienstposten	Plätze Ist	Plätze Soll (7/10000 Ew)	Plätze benötigt	Versorgungslage (%)
II	109.351,0	7,5	18,0	76,5	58,5	23,5
III	175.701,0	2,1	13,0	123,0	110,0	10,6
IV	357.548,0	16,2	49,0	250,3	201,3	19,6
V	153.785,0	0,76	4,0	107,6	103,6	3,7
VII	190.414,0	2,2	17,0	133,3	116,3	12,8
Steiermark GESAMT	1.183.303,0	28,8	91,0	828,3	737,3	11,0

Alle Regionen sind massiv unterversorgt. Steiermarkweit haben wir eine Versorgung von nur rund 11% gegeben. Auf konkretes Angebot umgelegt, bedeutet das: Uns stehen 91 Plätze zur Verfügung bei einem Bedarf von 828 benötigten Plätzen.

Die Region IV, in der werden Graz und Graz-Umgebung zusammengefasst, hat insgesamt 49 Plätze zur Verfügung, 250 Plätze würden gebraucht werden, das ist eine zirka 20%-ige Versorgung. In zehn steirischen Bezirken fehlt das Wohnangebot gänzlich, obwohl der Bedarf gegeben ist.

In Graz übernimmt unter anderem die „Wohnplattform“ schwerpunktmäßig diese Betreuungsaufgabe. Die Ressourcen und die Kapazitäten sind natürlich begrenzt. Wenn die Plätze besetzt sind, entsteht einfach ein Loch in der Versorgungskette, da die Menschen ja längerfristig in diesen Einrichtungen wohnen. Die stationären Aufenthalte in den Kliniken müssen dadurch für andere Menschen verlängert werden oder es erfolgt eben eine Unterbringung in Großheimen, deren Konzepte und Standards weder den Grundsätzen der extramuralen sozialpsychiatrischen Begleitung noch den geforderten Standards der gültigen LEVO entsprechen. Die Unterbringung in solchen Einrichtungen ist eine riskante „Fehlbelegung“, welche den Betroffenen schwer zum Nachteil gereichen kann. Die Ersatzangebote können nicht zielgerichtet und adäquat auf die Bedürfnisse von betroffenen Menschen eingehen, da meist das fachlich qualifizierte Personal fehlt. Aber diese Standards sind eben eine Grundvoraussetzung, um der Betreuung adäquat nachkommen zu können.

Das Wohnangebot in unserem Bundesland und in unserer Stadt muss erweitert werden, um eine lückenlose Versorgungskette für die Betroffenen garantieren zu können.

Im zweiten Bereich meiner Initiative geht es mir um die Leistungs- und Entgeltverordnung zum Behindertengesetz. In der LEVO wurden einige Leistungen schlichtweg vergessen. Wie Ihnen bekannt ist, wird daran gedacht, die LEVO zu novellieren, die Novelle wird aber bis 2009 verschoben werden und deshalb ist dieses Anliegen, welches ich heute einbringe, als dringlich anzusehen.

Seit 2004 ist die LEVO in Kraft, die Verfahren sind im Laufen und auf den ersten Blick scheint alles zu passen. Wie immer scheitert es, wie so oft, an Details, die aber für betroffene Menschen sehr relevant sind. Man hat einige mobile Dienste angesiedelt, mobil vor stationär ist ein sinnvolles Motto. Nur ist mobil nicht gleich mobil. Es kommt darauf an, könnte man derzeit salopp formulieren, welche Behinderung ein Mensch hat. Jemand der eine reine körperliche Behinderung hat, kann große Probleme bekommen. Das Land hat nämlich keine Leistungsart für die „Persönliche Assistenz“ in den Leistungskatalog aufgenommen. Sie müssen sich das so vorstellen, wenn Sie an den Rollstuhl gebunden sind, trotzdem autonom und selbständig in Ihrer Wohnung leben möchten, werden Sie einen mobile Dienst benötigen, der sie bei ihren Alltagstätigkeiten unterstützt. Dazu gehört das Anziehen, die Körperpflege, das Reinigen der Wohnung, der Einkauf, eben bei Dingen, die Sie aufgrund Ihrer körperlichen Behinderung nicht selbständig durchführen können. Sie stellen einen Antrag auf „Hilfe zum Wohnen“, beantragen die Leistung „Wohnassistenz“ hoffen auf eine positive Erledigung Ihres Anliegens und damit gibt es auf der rechtlichen Seite ein großes Problem. Die Leistung „Wohnassistenz“, ist eine pädagogische Leistungsart, die zielt darauf ab, dass Sie genau diese Fertigkeiten erlernen. Aufgrund Ihrer körperlichen Beeinträchtigung können Sie aber genau dies nicht erlernen, deswegen benötigen Sie ja die „Persönliche Assistenz“.

Das Problem ließe sich unserer Meinung nach leicht lösen: Das Land Steiermark als gesetzgebende Stelle könnte in den Leistungskatalog die Leistung der „Persönlichen Assistenz“ aufnehmen. Die Leistungsbeschreibung wurde in Anlehnung an die vorhandenen Standards sogar schon von Expertinnen und Experten in eigener Sache an die zuständigen Stellen im Land übermittelt, hat dort aber leider kein Gehör gefunden und war auch bei der Novelle nicht miteingeplant. Eine zweite Möglichkeit wäre natürlich, wenn es zu keiner Leistungsbeschreibung kommt, dass man über das Land einen Erlass herausgibt, wie im Fall von diesen benötigten Assistenzleistungen vorgegangen wird, damit eben eine Rechtssicherheit und einheitliche Vollzugsstandards in der Steiermark gewährleistet werden können.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderates, des ÖVP-Gemeinderates und den Grünen stelle ich deshalb folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge eine Petition mit folgendem Wortlaut an die zuständige Vertretung im Steiermärkischen Landtag übermitteln:

1. Das Land Steiermark mit den zuständigen Fachabteilungen und der Koordinationsstelle sollen gemeinsam mit den Trägerinnen und den NGOs, welche im extramuralen, psychosozialen und sozialpsychiatrischen Bereich tätig sind, einen schriftlichen „Masterplan“ für die konkrete strukturelle Erweiterung und Umsetzung des Wohnangebotes in der Steiermark und der Stadt Graz, basierend auf den empfohlenen Zahlen des ÖBIG, entwickeln.
2. Die zuständige Fachabteilung des Landes Steiermark wird aufgefordert, eine Leistungsbeschreibung für die Leistungsart „Persönliche Assistenz“ in die Leistungs- und Entgeltverordnung aufzunehmen, um den Betroffenen den Rechtsanspruch auf diese Leistung zu sichern (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann**: Hier ist nicht zuviel zu sagen zu diesem Antrag, die SPÖ stimmt sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt des Antrages zu (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) 110-kV-Leitung

GR. Mag. **Candussi** stellt namens der SPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Erfreulicherweise habe ich gehört, dass es nicht nur ein Antrag der Grünen, sondern auch einer der fast nicht anwesenden SPÖ ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die entlang der GKB Linie vom Grazer Hauptbahnhof bis nach Werndorf geplante 110-kV-Leitung sorgt nun schon seit mehreren Jahren für berechtigte Sorge bei den AnrainerInnen in Wetzelsdorf und Straßgang. Das Projekt ist unumstritten umweltrelevant und bringt durch die enorme Magnetfeldbelastung, die durch die Leitung entsteht, erhebliche gesundheitliche Auswirkungen auf die anrainende Bevölkerung mit sich.

Seit August dieses Jahres ist nun auch der Verwaltungsgerichtshof des Bundes mit der Causa beschäftigt, denn der im April dieses Jahres ergangene eisenbahnrechtliche Genehmigungsbescheid weist grobe Verfahrensmängel auf und negiert trotz aller Einwendungen die Notwendigkeit der Abhaltung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Analogie eines VwGH-Erkenntnisses vom September 2006 betreffend die UVP-Pflicht des zweigleisigen Südbahnausbaus sowie der sachliche und räumliche Zusammenhang der gegenständlichen 110-kV-Leitung Graz-Werndorf mit dem Ausbau der Südbahn im Abschnitt Graz-Werndorf-Spielfeld lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Erfolg der eingebrachten Beschwerde erhoffen.

Dennoch liegt mit dem nun angefochtenen Bescheid des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie eine aktuelle Baugenehmigung für die Österreichischen Bundesbahnen, Abteilung Infrastruktur Bau AG, zur Errichtung der 110-kV-Leitung vor und ist zu befürchten, dass demnächst mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen wird.

Da die Verlegung der Leitung für die BewohnerInnen von Straßgang und Wetzelsdorf eine massive, gesundheitliche Dauerbelastung darstellen würde, stelle ich heute namens der Grazer Grünen und der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, der Bürgermeister der Stadt Graz tritt im Namen des Gemeinderates mit dem Ersuchen an die Österreichischen Bundesbahnen – Infrastruktur Bau AG heran,

1. mit dem Baubeginn der 110-kV-Leitung zu warten, bis ein Entscheid des VwGH über die von den betroffenen AnrainerInnen vorgebrachte Beschwerde vorliegt und
2. die Verlegung der 110-kV-Leitung in jedem Fall in entsprechender Tieflage und mit der notwendigen Abschirmung vorzunehmen, um eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen.

Ich danke für die ruhige, hoffentlich zustimmende Aufmerksamkeit.

GRin. Mag. **Bauer** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen! Die 110-kV-Leitung hat uns schon öfter hier im Gemeinderat beschäftigt. Ich habe auch im vorigen Jahr bereits einen Antrag dazu eingebracht, dass der Herr Bürgermeister im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz sich um die Anliegen der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner annimmt und demzufolge eine Tieferlegung dieser Kabel forciert. Bedauerlicherweise ist das nicht erfolgt. In einer weiteren Anfrage habe ich den Herrn Bürgermeister ersucht, an die Umweltanwältin heranzutreten und das dementsprechende UVP-Verfahren in die Wege zu leiten, das ist bedauerlicherweise auch nicht passiert, weil auch die Umweltanwältin gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister der Meinung war, das braucht man in diesem Verfahren nicht, deswegen unterstützen wir sehr gerne auch diesen Antrag sowohl hinsichtlich der Dringlichkeit und auch hinsichtlich des Inhaltes (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Hammer**: Das Thema ist wichtig, es lohnt sich dranzubleiben, es ist dringlich, die Grazer Volkspartei stimmt daher auch der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Ganz kurz gesagt, ich habe die lange grundsätzliche Rede nicht verlesen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Gesamtschule

GRin. **Binder** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Es scheint heute ein Glückstag zu sein, der Tag der Einstimmigkeiten. Ist eh nicht unangenehm. Ich habe die Ehre, einen dringlichen Antrag einzubringen im Namen meiner Fraktion, der SPÖ, der KPÖ und der ÖVP. Das ist überhaupt etwas ganz Besonderes, muss ich sagen. Betrifft also die Gesamtschule. PISA hat etwas geschafft, was viele andere Studien nicht geschafft haben vorher, nämlich unser Bildungssystem endlich einmal ins Gerede zu bringen in der Öffentlichkeit. Wie Sie wissen, ist sie ein Projekt der OECD und Österreich ist ein Gründungsmitglied der OECD.

Seit den 60er Jahren ist die allgemeine Bildung und die berufliche Bildung Gegenstand von vielen Untersuchungen in den OECD-Ländern. Die zentrale Fragestellung dieser PISA-Studien, die keine einmaligen Angelegenheiten sind, sondern eher so längsschnittmäßig und auf lange Zeit angelegt sind, die zentrale Fragestellung ist, ob die SchülerInnen in den OECD-Ländern gut auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind, ob sie in der Lage sind, ihre Ideen, ihre Vorstellungen auch effektiv zu analysieren und zu kommunizieren und ob sie die Kompetenzen die notwendigen haben.

Die Ergebnisse von PISA 2000 hat eine Erdrutschdebatte in Deutschland ausgelöst. Damals haben wir uns noch die Hände gerieben, da ging es um die Lesekompetenzen, da haben wir gesagt, ha, super, wir sind ja wesentlich besser als die Schülerinnen und Schüler in Deutschland. 2003 kam dann das böse Erwachen, da

haben wir nämlich gemerkt, oje, so ist es wirklich nicht, also wir sind nicht besser und seit 2003 haben wir natürlich auch bei uns eine mehr oder weniger heftige Debatte, mehr oder weniger niveauvoll. Klar ist aber eines und das über alle Parteigrenzen hinweg, unser Bildungssystem hat einige große Schwächen und es bedarf grundlegender Reformen, wollen wir ein Bildungssystem, das unsere Kinder auf eine sehr komplexe Welt mit ihren existenziellen Fragen vorbereiten kann. Es geht ja letztlich um nichts weniger, als die Gestaltung der Zukunft. Und wie in kaum einem anderen europäischen Land ist natürlich diese Diskussion in Österreich eine äußerst parteipolitische. Die letzten Wochen waren wohl ein tragischer Höhepunkt in dieser Diskussion, das Ergebnis ist nahezu ein Desaster und dennoch, die Diskussion ist eröffnet und das ist gut. Es wird einen Modellversuch einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen geben und auch das ist gut.

Wie dieses Modell für Graz definiert sein wird, daran allerdings müssen wir arbeiten. Jedenfalls aber müssen die Potenziale der Kinder geweckt und entwickelt werden und sollen gerade jene Kinder, denen auf Grund ihres sozialen Milieus, und das zeigt auch die PISA-Studie sehr klar auf, bisher kaum entsprechende Bildungszugänge möglich waren, dass diese Kinder mehr Chancen als je zuvor bekommen. Vielleicht ein Stück mehr Gerechtigkeit?

Graz könnte österreichweit eine Vorreiterrolle einnehmen, indem es beweist, dass in der Frage einer zukunftsorientierten Schulentwicklung Parteipolitik hinter einen sympathischen, der Redlichkeit verpflichtenden Pragmatik gestellt wird. Gewinnerinnen und Gewinner wären unsere Kinder,

Aus den genannten Gründen stelle ich namens der Grünen, der ÖVP, der SPÖ und der KPÖ heute folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der dafür zuständige Stadtrat wird beauftragt, im gemeinsamen Schulausschuss, in den sowohl alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen,

als auch WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, Eltern, das Kinderbüro und SchülerInnen eingebunden werden sollen, einen breiten Konsens zu erarbeiten, welchen Beitrag die Stadt Graz leisten kann beziehungsweise soll, um die ab nächstem Schuljahr laufenden Modellversuche zur gemeinsamen Schule bestmöglich zu unterstützen,

2. ein Informationsbericht soll dem Gemeinderat bis zum Mai 2008 vorgelegt werden.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. Mag. **Fluch** zum Antrag: Ich habe den Wunsch gehört, jetzt könnte man schon einmal diskutieren, es ist heute wirklich eine ganz eigene Stimmung. Ich habe einfach einen Zusatz, um auch ein bisschen in der Debatte, die in den letzten Wochen gelaufen ist, Gruppen Gerechtigkeit zukommen zu lassen, die einfach sehr gerne in ein Eck gestellt worden sind. Wir als Grazer ÖVP sagen sehr klar, dass natürlich ein Bildungssystem immer besser werden darf, das ist auch notwendig, wenn wir unsere Kinder und Jugendlichen, die SchülerInnen gut auf die Zukunft vorbereiten wollen. Selbstverständlich tut es einem Bildungssystem gut, wenn es entsprechende Ressourcen hat und wenn es darum geht, dass einfach inzwischen sich die Lebensverhältnisse verändert haben, immer mehr auch am Nachmittag Kinder Betreuung brauchen, dann erfordert das Ressourcen, aber vieles andere auch. Wir wehren uns nur dagegen, wenn es sozusagen in der Diskussion alles so schwarz/weiß abgehandelt wird, es gibt eben bei der Schulentwicklung und bei der Vorbereitung auf die Zukunft mehr als einen Weg und was wir keinesfalls wollen, ist, dass sozusagen ein Weg als fortschrittlich und zukunftstauglich angesehen wird und alles andere nicht. In dem jetzt vorliegenden dringlichen Antrag, denke ich, gehen wir einen sehr guten gemeinsamen Weg, was uns in der Vergangenheit schon gestört hat, und da kann ich meine Herkunft nicht verleugnen, ich bin gelernte AHS-Lehrerin, man hat dann gerne so getan, als seien AHS-Lehrer an sich sozusagen innovationsresistent. Wer den Lehrerberuf ein bisschen kennt, und da unterscheide ich wieder nicht zwischen einer Volksschullehrerin oder den wenigen

Volksschullehrern und Lehrern an anderen Schultypen, der weiß, dass man sich da ganz schön auch auf Neues einstellen, muss, also ich denke, gerade Lehrer und Lehrerinnen sind immer wieder gefordert Innovationen mitzugehen und sich auf neue Situationen einzustellen. Ich möchte da einfach eine Lanze dafür brechen, dass auch Lehrer in den höheren Schulen und auch an den Unterstufen der höheren Schulen einfach einen guten Job machen und dass man das auch deutlich sagen sollte, das ist mir ein großes Anliegen (*Applaus ÖVP*). Zweiter Punkt, und da war unser Schulstadtrat eigentlich vom Anfang an dabei. Wir verschließen uns keinesfalls den großen Problemen, die gerade die Hauptschulen im städtischen Raum haben und hier liegt auch unsere unmittelbare Verantwortung als Gemeinderat der Stadt Graz. Es ist ganz klar, dass wir uns da etwas überlegen müssen, um den Schülerinnen und Schülern, die dann einen Abschluss von einer städtischen Hauptschule haben, wirklich auch andere Wege zu eröffnen, denn an sich sind unsere Bildungssysteme durchlässig, aber wir wissen, dass die Agenda dann manchmal ein bisschen anders aussieht, deswegen haben wir von Anfang an gesagt, ja natürlich, denken wir bitte gemeinsam drüber nach, wie wir unsere Hauptschulen stärken können und vor allem jene, die wirklich auch sozusagen vom Aussterben bedroht, sind mit guten Angeboten ausstatten können, da waren wir vom Anfang an gesprächsbereit. Und die jetzigen Modelle gehen auch in diese Richtung, deswegen sind wir auch gerne mit dabei und ich denke, es tut uns gut, wenn wir in den entsprechenden Gremien gemeinsam drüber nachdenken, wie schaut jetzt wirklich alles aus. Denn eines ist auch klar, die Zeitschiene, wie sie sich jetzt durch die Verhandlungen auf Bundesebene ergeben hat, die ist schon verbesserungsbedürftig, denn die Eltern und die Lehrer an Schulen haben sich jetzt wirklich innerhalb kürzester Zeit für etwas entscheiden müssen und wussten nicht genau, was steht jetzt wirklich dahinter. Da braucht es noch sehr konkrete Vorbereitungsarbeit und da wird uns unser gemeinsames Vorgehen auch helfen. Das, worauf wir als Grazer ÖVP in diesem Zusammenhang aber sehr schauen werden, ist, vielleicht vorneweg, neue Modelle brauchen zusätzliche Ressourcen, die stehen auch zur Verfügung, das ist gut so. Was nicht passieren darf ist, dass während Modellphasen diese Ressourcen dann von anderen Schulformen abgezogen werden, denn das ist ein bisschen die Befürchtung der AHS-Unterstufen und da müssen wir bitte gemeinsam hinschauen, dass das ja nicht der Fall ist. Wir nehmen uns die Zeit, um Modelle jetzt gut zu erproben, wir denken gemeinsam drüber nach, wie geht es am besten, da sind wir

gerne mit dabei, aber ich bitte auch um ein gemeinsames Bekenntnis zu den anderen Schulformen, die wir in Graz haben und ich bitte, dass wir gemeinsam hinschauen, dass nicht das eine auf Kosten des anderen geht, denn dann wäre es kein wirkliches Erproben von Neuem, sondern dann wäre es wirklich eine unfaire Behandlung und dagegen wehren wir uns (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

11) Militärleistungsschau in Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Am 26. Oktober, am Nationalfeiertag, hat in Wien wieder einmal eine große Leistungsschau des Bundesheeres stattgefunden, habe ich Ehre gehabt, da draußen selbst vor Ort zu sein und war, muss ich sagen, begeistert und mit mir waren zirka 650.000 Österreicher auch begeistert und das Heer hat wieder einmal zeigen können, was in ihm steckt. Und deshalb mein Antrag, ich will das nur in Kürze bringen. In der Stadt Graz ist unter anderem das Streitkräfteführungskommando stationiert, welchem meines Erachtens nach eine besondere Wertschätzung seitens der Stadt Graz entgegenzubringen ist und deshalb mit der Durchführung einer Militärleistungsschau in der Stadt Graz gebührend hervorgehoben werden sollte.

Die Veranstaltung einer Militärleistungsschau demonstriert nicht nur die Wertschätzung einer Stadt für die Leistungen des Österreichischen Bundesheeres, sondern stellt darüber hinaus auch einen beachtenswerten Wirtschaftsfaktor für den Veranstalter und die Wirtschaftstreibenden von Stadt und Land dar.

Aus Erfahrung ist bekannt, dass militärische Veranstaltungen in derartigem Ausmaß eine lange Vorbereitungszeit in Anspruch nehmen. Es sind daher umgehend die

Gespräche mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern des Österreichischen Bundesheeres aufzunehmen, um bereits im kommenden Jahr, am 26. Oktober 2008, eine Militärleistungsschau in Graz veranstalten zu können.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass Herr Bürgermeister Mag. Nagl ersucht werde, mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern des Österreichischen Bundesheeres umgehend Kontakt aufzunehmen und diese einzuladen, am 26. Oktober 2008 im Grazer Stadtgebiet eine Militärleistungsschau, und jetzt bitte ist das eingefügt dann auf Wunsch der SPÖ, angereichert um Zivilschutzeinrichtungen durchzuführen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.